

Einzelpreis 400 Mark.

Bezugspreis monatlich:
zu der Geschäftsstelle . 9.000.— M.
Durch Zeitungsboten . 10.000.—
" die Post . 10.000.—
Ausland . 15.000.—

Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße 86.
Telephon Nr. 6—86.
Postfachkonto 60.689.

Honorare werden nur nach vorheriger
Vereinbarung gezahlt. Unverlangt ein-
geschickte Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Lodz

Freie Presse

Herbertstraße deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 43

Dienstag, den 20. Februar 1923

6. Jahrgang.

Eine erste Wendung in der englischen Politik.

Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien.

London, 17. Februar. Die bereits seit längerer Zeit andauernden Verhandlungen zwischen der Partei der unabhängigen Liberalen unter Führung Asquiths und der von Lloyd George geführten nationalliberalen Partei führten zu einer restlosen Verständigung und Vereinigung dieser beiden Parteien. Die Hauptleitung, insbesondere auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wird Lloyd George übertragen, während Asquith die innere Politik übernimmt. Der Zusammenschluß dieser beiden Parteien dürfte für die allgemeine Weltlage von außerordentlicher Bedeutung sein, da die nunmehr vereinigte liberale Partei, die in der englischen Gesellschaft einen weitgehenden Einfluß besitzt, für eine Vermittlung Großbritannien in der Ruhrfrage ist, wobei Lloyd George seine Ansichten wesentlich zugunsten Deutschlands geändert hat, was aus seinen im „Daily Telegraph“ und in der „Neuen Züricher Zeitung“ veröffentlichten Artikeln hervorgeht.

Entgegen der Voraussicht der Reichsdeutschen Presse, die die Bildung einer einheitlichen liberalen Partei Englands schon lange erwartete, wird es gegenwärtig in England zu keinem Kabinettswechsel kommen. Bonar Law wird jedoch bei allen Schritten in der Richtung einer Verständigung mit Frankreich im Parlament stets mit der

liberalen Partei rechnen müssen, die in Fragen der Außenpolitik zu einem Kompromiß mit der englischen Arbeiterpartei bereit ist.

London, 19. Februar. (Pat.) Die Verbesserung der liberalen Partei zur Antwortadresse auf die Thronrede soll heute im Unterhause Gegenstand der Beratung sein. Die Verbesserung enthält eine Absage an Frankreichs Tätigkeit im Ruhrgebiet. Sie drückt den Wunsch aus, die Reparationsangelegenheit dem Völkerbund zur Prüfung vorzulegen und eine besondere Kommission zu bilden, die festzustellen hätte, welche Summe Deutschland zu zahlen imstande ist und die ihre Zahlung veranlassen würde. Die Arbeiterpartei unterstützt die Stellungnahme der liberalen Partei, die gleichfalls vorschlägt, sich an Amerika zu wenden, damit es an dem Vorgehen in der Entschädigungsfrage teilnehme.

Immer noch gibt England nach.

Eine „Verständigung“ in der Angelegenheit des Durchgangsverkehrs durch die englische Besatzungszone.

Paris, 18. Februar. (Pat.) Es wird bestätigt, daß die englische Regierung beschloßen habe, den Franzosen die Eisenbahnlinie Gravenroth—Düren gänzlich zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat sich die englische Regierung für eine beschränkte Benutzung der über Köln führenden Hauptbahnlinie durch die Franzosen ausgesprochen. Es scheint, als ob ein diesbezüglicher Vertrag in Kürze abgeschlossen werden wird.

Absage Poincarés an England.

Am Saumel des Sieges und der Rache.

Paris, 17. Februar. (Pat.) Wie „Journal“ erzählt, hat Poincaré der englischen Regierung mitgeteilt, daß Frankreich jede Vermittlung seitens Englands ablehne. Frankreich werde seine gegenwärtige Politik bis zur Kapitulation Berlins fortsetzen.

verwaltung sich verweigerte, die Geldstrafe von 10 Millionen Mark zu zahlen, die der Stadt wegen des zwischen der französischen Gendarmen und der deutschen Polizei erfolgten Vorfalls von den Besatzungsbehörden auferlegt wurde.

Düsseldorf, 19. Februar. (Pat.) Bei Delhaesen lief eine Lokomotive mit einem Eisenbahnzug zusammen, auf dem sich Sappeare des französischen Ingenieurkorps befanden. Es sind zwei Tote, drei Schwer- und acht Leichtverletzte zu verzeichnen. Untersuchungen zwecks Feststellung der Ursachen der Katastrophe sind im Gange.

Dänische Hilfsaktion.

Kopenhagen, 18. Februar. Die eingehende Berichterstattung des „Socialdemokraten“ über die Ruhrbesetzung und ihre Verheerung ihrer Folgen hat bis jetzt 800 dänische Arbeiterfamilien veranlaßt, sich bereit zu erklären, je ein Kind aus dem Ruhrgebiet bei sich aufzunehmen. Eine Vertreterin des Deutschen Roten Kreuzes begibt sich in diesen Tagen nach Essen, um mit den Organisationen die Auswahl der Kinder und die Vorbereitungen für ihre Reise zu den gastfreundlichen dänischen Arbeitern zu treffen.

Ein englisches Darlehen.

London, 18. Februar. Die englische Eisenbahngewerkschaft, die keineswegs reich ist, ist den durch Frankreichs Vorgehen schwer bedrängten deutschen Eisenbahnern mit einem Darlehen von 2000 Pfund beigeprungen.

Bemerkenswerte Auslandsstimmen zur Ruhrbesetzung.

(Von unserem A. Z.-Korrespondenten.)

Die Stimmen der Vernunft, die die gewalttätige Besetzung des Ruhrgebietes in der ganzen Welt ausgelöst hat, mehren sich von Tag zu Tag. Fast in allen Ländern werden Stimmen laut, die das Vorgehen Frankreichs auf das schärfste verurteilen. Nach den angeblichen Geschehnissen des Krieges, durch die das Gefühl für Recht und Unrecht abgestumpft wurde, wirken diese Stimmen, die von einer klaren Erkenntnis der europäischen Lage zeugen, umso erstenslicher. Die schwedische Botschaft in Stockholm an der Spitze, sind die ersten gewesen, die Stellung gegen den von Frankreich und Belgien begangenen Rechtsbruch nahmen. In Wendungen, die eine gewisse Schärfe nicht entbehren, wendeten sie sich gegen die Herausforderung einer neuen Weltkalamität durch Frankreich. In frommen Wünschen für die hartgeprüfte Bevölkerung ermahnen sie dieselbe zur Besonnenheit und Geduld. Nur geduldiges Ausbarren könne von Deutschland einen 30jährigen Krieg abwenden. Geduldet, der neben Cassel der bedeutendste schwedische Nationalökonom ist, bezeichnete in einem Vortrage das Regime, das an der Ruhr herrsche, als die Verkörperung der internationalen Rechtsordnung. Es sei naiv, vom Völkerbund etwas zu erwarten. Der Völkerbund, so wie er heute besteht, nehme sich aus wie ein gestärkter Kraken an einem Aschantineger im vollen Kriesschmud. Die Stimmung in Schweden ist prodeutisch, wofür als beste Beweise die Referate gelten, die die gesamte schwedische Presse über diesen Vortrag brachte.

In Holland und zum Teil auch in Norwegen verhält es sich ähnlich. Von den nordischen Staaten ist vielleicht Dänemark allein der Staat, der für Frankreich gewisse Sympathien hegt, obwohl es auch dort nicht an Stimmen fehlt, die unter den Radikalen und Sozialisten, die in dem militärischen Vormarsch und dem damit verbundenen Weltwirtschaftskrieg eine große Gefahr für die friedliche Entwicklung Europas erblicken. Die Haltung des offiziellen Dänemarks wird einem verständlicher, wenn man in Betracht zieht, daß die rechtstehenden Parteien, die heute am Ruder sind, ein wiedererstarktes Deutschland fürchten, das nach der Aufhebung des Versailler Vertrages eines Tages eine neue Grenzregulierung in der nord-schleswigschen Frage fordern könnte.

In einem Artikel „Unsere Pflicht“ in der „Neuen Züricher Zeitung“ macht der schweizerische General Ulrich Wille auf die Gefahren aufmerksam, die aus der Ruhrbesetzung für den Weltfrieden entstehen können. Er verlangt ein Eingreifen des Völkerbundes und die Mitwirkung der Schweiz hierzu. „Wenn wir — so schreibt Wille — zur Ueberzeugung gekommen sind, es sei notwendig, vom jetzigen Völkerbund zu verlangen, gegen die französische Gewaltpolitik einzuschreiten, so ist es die Pflicht unserer Regierung, sich dafür einzusetzen.“ Die Interpellation der Sozialisten, worin die schweizerische Regierung um Intervention ersucht wird, hat Bundesrat Motta damit beantwortet, daß eine Intervention nur auf Wunsch eines der Beteiligten möglich sei. Der Bundesrat behalte sich jedoch für später volle Handlungsfreiheit vor. Die schweizerische deutsche Presse ist besonders ungehalten gegen die französisch-belgische Note, die den deutschen Ministern das Betreten des besetzten Gebietes verbietet. An kräftigen Ausdrücken an Poincarés Adresse fehlt es nicht. Ein Blatt nennt diese Note ebenso wie die „Zeit.“ den Gipfel der Unverschämtheit. Mehr als diese Stimmen aus dem während des Krieges neutralen Ausland interessieren die, die aus

Das Wichtigste im Blatt:

1 Dollar = 39,000 poln. Mark.
Eine erste Wendung in der englischen Politik: Zusammenschluß der Parteien Lloyd Georges und Asquiths.
General Sikorski über die Lage im neutralen Streifen.
Poincaré lehnt eine englische Vermittlung im Ruhrkonflikt ab.
Türkisches Entgegenkommen in der Friedensfrage.
Die Generalität beim Staatspräsidenten Wojcechowski.
Gründung einer deutschen Bürgerpartei in Lodz.
Straßenraub in Lodz.

Ein deutsches Weißbuch über den Einfall ins Ruhrgebiet.

Berlin, 18. Februar. (Z. U.) Die deutsche Reichsregierung veröffentlicht heute ein Weißbuch über den französisch-belgischen Einbruch ins Ruhrgebiet. Die Denkschrift, die 56 Seiten umfaßt, enthält alle diesbezüglichen Aktenstücke, angefangen von dem Beschluß der Reparationskommission vom 28. Dezember 1922, der Deutschland Nichtlieferung der Kohlelieferung vorwirft, bis zur Mantelnote der deutschen Regierung an die französische Regierung vom 1. Februar 1923, betreffend die Zurückweisung der Vorwürfe der wiederholten Verletzung des Versailler Vertrages.

Der Abwehrkampf der Ruhrbevölkerung.

Düsseldorf, 19. Februar. (Pat.) Der Regierungspräsident Gröner wurde ausgewiesen, weil er gegen die Verhaftung des Bürgermeisters von Duisburg protestierte.

Düsseldorf, 18. Februar. (Pat.) Der Widerstand der deutschen Beamten gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörden dauert fort. Am 14. und 15. Februar allein wurden 53 Beamte ausgewiesen.

Berlin, 18. Februar. (A. M.) Der deutsche Reichspräsident Ebert sandte an die Beamten im Ruhrgebiet eine Depesche, in der er ihnen für ihren treuen Dienst seinen Dank und seine Anerkennung zum Ausdruck bringt.

Geisenkirchen, 18. Februar. (Pat.) Hier wurde der verheerendste Belagerungszustand verhängt. Die Besetzung der Stadt erfolgte leise, weil die Stadt

England und Amerika kommen. Wenn auch das deutsche Volk augenblicklich erbittert über Englands Politik ist, das aller besten Erkenntnis zuwider seine französischen und belgischen Alliierten im Ruhrgebiet schalten und walten läßt, wie es diesen beliebt, so gibt es doch noch ein anderes England, das England der geistig freien Menschen. Dieses England sowie Amerikaner wie Senator Borah sind die einzigen Chancen, die das deutsche Volk in seiner Hoffnungslosigkeit besitzt. Bereits zu Beginn des Ruhrkampfes trat Lord George mit einer Artikelreihe hervor, die bekanntlich sehr scharfe Spitzen gegen Frankreich, insbesondere gegen Poincaré enthielt, daß keine englischen Zeitungsverleger sie aus Rücksicht auf die Lausanner Verhandlungen veröffentlichen wollten. Sie erschienen in Deutschland in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Lord George ist aber nicht der erste und auch nicht der letzte der Engländer gewesen, die unersprochen das sagen, was jeder vernünftige Britte über die gegenwärtige Weltlage und ihre Gefahren denkt. Hier sei noch an den Ausspruch des Unterhausmitgliedes Morel erinnert, welcher letzterer neben Ramsay MacDonald, dem Führer der Opposition, einer der einflussreichsten Arbeiterführer ist. (Die „Südliche Presse“ veröffentlichte diese sehr bemerkenswerten Ausführungen Morels in ihrer letzten Sonnabendausgabe unter der Überschrift „Am Hundeschwanz des französischen Nationalismus“. Die Schrift.) Die führenden englischen Blätter „Daily Chronicle“, „Observer“ und „Daily News“, fordern eine englisch-amerikanische Vermittlung populär zu machen. Ein anderer Artikel, der noch klarer das ausspricht, was große Teile des englischen Volkes über das Reparations- und Ruhrproblem denken und fühlen, ist der letzte Nummer des „New Statesman“ entnommen. Der Schreiber des Artikels bezeichnet Frankreich als den ewigen Ruhestörer Europas. Er nennt Frankreich den größten Feind Englands, der mit allen Mitteln danach strebt, die militärische Hegemonie auf dem Kontinent zu erringen. „Es ist wahr, daß Frankreich jetzt unser Feind ist, der erbitterteste und gefährlichste Feind, den wir in der ganzen Welt haben. Kann er — Politiker, Publizist — eine einzige wichtige Frage in Europa oder außerhalb des Kontinents nennen, in der die französische Politik der unsrigen nicht diametral entgegen liefe und die französische Regierung auch nicht entweder offen bekämpfte oder, wie in Lausanne, heimlich unsere Bemühungen hinterziehe?“ Auf die Ruhrfrage übergehend meint der Artikelsschreiber, daß die Grenzen der Geduld Großbritanniens und der übrigen Welt aus gezogen seien, angesichts der planmäßigen Zerstörung der deutschen Industrie. Den Abwehrkampf Deutschlands nennt er die erste europäische Verteidigungslinie, die der Wahnsinnspolitik Frankreichs ein Ziel setzen soll. „Herr Poincaré kann durch den passiven Widerstand erschlagen werden, wenn dieser entschlossen genug ist... Die Einwohner der Ruhr kämpfen unsere Schlacht wie auch die Arzte. Das ist sicher eine unschmackhafte Wahrheit, und welcher Mensch, der die ganze Lage versteht, kann bestreiten, daß sie die Wahrheit ist?“

Berlin, 18. Februar. Das Wolff-Büro meldet aus Stockholm: Eine zahlreich besuchte Protestversammlung in Djursholm nahm nach einer Rede des Stockholmer Oberbürgermeisters Lindhagen eine Entschließung an, worin scharfer Widerspruch gegen die Verletzung des internationalen Rechtsgefühls durch die Vergewaltigung eines wehrlosen Volkes, der Gram darüber, daß ein großes Volk ohne Zaudern die Ächtung seiner Freunde vergeden, sowie die Bewunderung und Sympathie für die Ruhrbevölkerung ausgesprochen wird. Die Eintrittsgelder im Betrage von 11 000 Kronen, rund 90 Millionen Mark, wurden, wie bei der Versammlung in Dorebro, der nolebenden Ruhrbevölkerung überwiesen. — In Helsingborg nahm eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung eine Entschließung an, die tiefe Teilnahme an dem Leiden des deutschen Volkes und das Bedauern ausdrückt, daß nicht die Grundidee des Völkerbundes der bestimmende Faktor in den Friedensverträgen wurde. Sämtliche Entschließungen werden den Gesandtschaften der Großmächte in Stockholm zugestellt.

Die Generalität beim Staatspräsidenten Wojciechowski.

Am 17. Februar gab der Staatspräsident im Belvedere ein Essen, an dem folgende Generale teilnahmen: Ministerpräsident Dziozyslaw Sikorski, Generalstabschef Pilsudski, Kriegsminister Sosnowski, Generaladjutant Rozmowski, die Divisionsgeneräle Haller, Zeligowski, Damski, Kulinski, Komar, Majewski, Gulel, Jendraszewski, Naszowski, Schubert, Latinski, die Brigadegeneräle Maciejewski, Szymanski, Latour, Generaladjutant Oberst Jarnski, Generaladjutant Altmeyer, Auslowski, der Adjutant des Marschalls Pilsudski, Altmeyer, Solon, der Adjutant des Staatspräsidenten Meyer. Von den geladenen Gästen waren folgende nicht erschienen: Generalstabschef Siepychski, infolge Erkrankung und Divisionsgeneral Smigly wegen dienstlicher Verhinderung. Der Staatspräsident brachte einen Ernstspruch auf das polnische Volk aus, in dem er die Rolle des Heeres bei der Entwicklung des Staatswesens hervorhob. Auf die Rede des Staatspräsidenten antwortete Generalstabschef Pilsudski in längeren Ausführungen.

General Sikorski über die Lage im neutralen Grenzstreifen.

Drohende Warnung an Litauen.

Warschau, 19. Februar. (Pat.) General Sikorski äußerte sich fremden Pressevertretern gegenüber über die Lage im neutralen Grenzstreifen folgendermaßen:

„Die Nachrichten über die polnische Aktion bei der Uebernahme des Polen zugesprochenen Teiles des neutralen Grenzstreifens wurden bisher von der Regierung mit aller Genauigkeit wiedergegeben. Auf Grund eines Regierungsbeschlusses, wurde der uns zugesandene Teil des neutralen Streifens allein und ausschließlich durch die Staatspolizei und zwei Bataillone Zollwächter besetzt, die auf der neuen Grenzlinie den Dienst übernehmen. Diese Kräfte waren viel geringer als es die Lage erforderte. Es war nämlich bekannt und vom litauischen Ministerpräsidenten angesagt worden, daß die litauische Regierung die Uebernahme des Polen zugesprochenen Gebietes nicht zulassen werde. Trotz diesem und trotz des Mandats zur Entwaffnung der Banden, hat Polen keinen einzigen Soldaten zu dieser Rolle verwandt, um durch eine rein administrative Behandlung der Angelegenheit den Beweis für seine weitgehendste Friedfertigkeit zu erbringen und um Litauens Rolle nicht zu erleichtern, das, indem es Europa zwecks Erpressung mit kriegsrischen Herausforderungen bedroht, bestrebt ist, diese Herausforderungen Polen aufzuzwingen.“

Von „Massenzusammenstößen“ und regelrechten Gefechten im neutralen Streifen kann demnach keine Rede sein. Bei der Besetzung wurden Schankis-Banden entwaffnet. Heute muß jedoch ein Ansturm regulärer litauischer Abteilungen auf die Polizei

und die Zollwächter festgestellt werden 2 Tote und 16 Verwundete, daß sich die Opfer die wir bisher in dieser Aktion zu verzeichnen hatten. Diesen Vorfällen den Charakter irgendwelcher militärischer Tätigkeit zuzuschreiben, von zahlreichen Verwundeten während der Kämpfe zu erzählen usw., entbehrt jeder Grundlage und wird wahrscheinlich von Litauen absichtlich verbreitet, um den Eindruck hervorzurufen, daß die berechnete und auf das Recht gestützte Tätigkeit Polens der Anfang eines Kriegeinsatzes im Osten sei.

Ich erkläre mit aller Entschiedenheit, daß die polnische Regierung bisher in dieser Angelegenheit die weitgehendste Mäßigung gezeigt hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Polizei und die Bataillone der Zollwächter vor den Angriffen der regulären litauischen Truppen werden zurückziehen müssen, denn die Aufgabe der Polizeiabteilungen ist nicht der regelrechte Kampf, sondern die Sicherung der unbewaffneten Ortschaften, deren Einwohner die polnischen Behörden mit so großer Begeisterung empfangen haben.

Allerdings wird Polen an seiner Grenze diesen demütigen Zustand nicht dulden können. Litauen wird allein und ausschließlich für die weiteren Vorfälle die Verantwortung zu tragen haben, die es mit einer für mich unverständlichen Tollheit provoziert.“

Polen und die Entscheidung in der Memelfrage.

Warschau, 18. Februar. (Pat.) Angesichts der Bekanntgabe der Entscheidung der Völkerverkonferenz in der Memelfrage wurden der polnischen Telegraphen-Agentur von amtlicher Seite folgende Erklärungen abgegeben:

Die der Regierung offiziell mitgeteilte Entscheidung der Völkerverkonferenz vom 1. Februar macht die Uebertragung der Oberhoheit über das Memelgebiet an Litauen davon abhängig, ob letzteres dem Memelgebiet im Wege eines Statuts eine von den Mächten unter Teilnahme von Memel und Litauen und unter Berücksichtigung des polnischen Standpunktes festgelegte Autonomie gewährt wird, die sich auf eine Volksherrschaft mit sprachlicher und nationaler Gleichberechtigung, ebenso auf eine Gleichberechtigung fremder Staatsbürger im Rahmen des Zivilrechts (Eigentum und Handel) erstrecken wird. Die Entscheidung gewährleistet ferner Polen und Litauen als interessierten Staaten den freien Transitverkehr zur See, auf den Flüssen und zu Lande durch das Memelgebiet und auch die Oberaufsicht über den Hafenrat unter Beteiligung des polnischen und litauischen Vertreters.

Wie man aus obiger Entscheidung ersieht, macht die Völkerverkonferenz ihren Standpunkt nicht nur von der Aufnahme der Entscheidung durch die Rownoer Regierung abhängig, sondern auch von der Bearbeitung und Befestigung der kommenden Verfassung des Memelgebietes. Man kann also feststellen, daß die Ueberweisung der Oberhoheit über Memel an Litauen von der litauischen Regierung eine vollständige Wende der bisherigen Politik und den Übergang zu einer solchen der Verständigung verlangt.

Zu der Entscheidung des Völkerrates schreibt die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“:

Wie „ein Stein beim Brettspiel“ ist das Memelgebiet von der Völkerverkonferenz verschoben einer „toten Sache“ gleich sind 150 000 Bewohner des Gebietes, ohne ihres Selbstbestimmungsrechts zu achten, einem fremden Staate zugewiesen worden. So steht das so viel gepriesene Recht der Völker in nüchterner Wirklichkeit aus, so werden die Versprechungen, die der Oberkommissar Petrowski und der Senator der Monarchie der Bevölkerung des Memelgebietes gaben, gescheitert. Vertragsbruch und Vorkriegs, an Stelle des Rechtes Gewalt, das sind die charakteristischen Begleiterscheinungen jeder einzelnen Entscheidung aller Öremien, die die Entente zur Ausführung des Vertrages von Versailles geschaffen hat, ganz gleich, ob sie sich hoher Rat, Völkerrundrat oder Völkerverkonferenz nannten oder nennen. Und noch eins ist bezeichnend für den Geist der Treulosigkeit und der Gewalt, der heute in Europa zur Herrschaft gelangt ist: Vor jedem Bandenführer, der an der Spitze einer bewaffneten Abenteurer-schar eine vollendete Tatsache schafft, weicht die großmächtige, bis an die Zähne gerüstete Entente zurück und erklärt damit Gewalttätigkeit für berechtigt. Die Sanktion der Gewalt aber trifft nicht nur die Bewohner des Memelgebietes, sie trifft ganz Ostpreußen mit; denn das Memelgebiet gehört vollständig und wirtschaftlich zu Ostpreußen und die gewaltsame Abtrennung schlägt kulturelle und wirtschaftliche Wunden der Bevölkerung diesseits und jenseits der Memel. Wir werden daher nach wie vor die Entscheidung der Völkerverkonferenz solange nicht als gültiges Recht anerkennen, solange sie nicht durch eine vollkommen freie, unbeeinflusste Volksabstimmung sanktioniert ist, und sehen jede

andere Regelung nur als vorläufige an, die der deutschen Bevölkerung jenseits der Memel alle ihre Rechte für die Zukunft vorbehält. Wir empfinden jedes Unrecht im Memelgebiet mit diesem wie ein Unrecht, das uns selbst trifft. Die Schuld dafür aber trifft in erster Linie die Völkerverkonferenz und die in dieser vertretenen Staaten, die Verantwortung wird auch Litauen zufallen. Deshalb muß von Litauen gefordert werden, daß es bei einer solchen zeitweiligen Regelung durch Gewährung einer weitgehenden kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Selbstverwaltung des Memelgebietes dieses Unrecht auf das unbilligste geringste Maß beschränkt. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und besonders auch Ostpreußen ist kein Feind des litauischen Staates, den gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen auf ein enges Zusammenarbeiten mit Deutschland hinweisen, deshalb aber wird Litauen auch bei der vorläufigen Regelung der Verhältnisse im Memelgebiet dem deutschen Empfinden Rechnung tragen müssen. Litauen weiß, daß Deutschland auch, trotz des Versailler Vertrages und der Ruhrbesetzung, ebenso wie Anstalt, trotz seiner augenblicklichen wirtschaftlichen Schwäche, ein großes Land bleiben wird und daß Litauen zwischen diesen beiden Großmächten auf Deutschlands moralische und materielle Unterstützung angewiesen ist. Es wäre darum ein verhängnisvoller Fehler, wenn die litauische Regierung der Forderung des Großlitauentums nach dem Rezept des „Balkas“, der jetzt in seiner Deutschfeindlichkeit zu einer frechen Kritik der deutschen Abwehrstellung im Ruhrgebiet greift, um seinen Frontwechsel gegenüber den Franzosen zu maskieren, nicht schließlich ein Ende machen würde. Das kann sie durch Entzug jeder Subvention an Blätter, die, wie der „Balkas“, nur von der Verhöhnung der Bevölkerung leben, und an Personen, die durch ihr Auftreten ein ruhiges Zusammenarbeiten der beiden Völker unmöglich machen. Mit dem annehme erfolgten Rücktritt der litauischen Regierung und mit der Räumung des Memelgebietes seitens der aus Litauen eingebrachten Putschisten dürfte die Vorbedingung für die Wahl einer Vertretung der memelländischen Bevölkerung gegeben sein. Eine solche Vertretung muß nun so rasch als möglich gewählt und bei dieser Wahl jeder Druck auf die Bevölkerung und jede Einflussnahme auf ihre Entscheidung seitens der litauischen Regierung vermieiden werden, damit das wirtschaftlich durch den Putsch schwer geschädigte Gebiet endlich eine von dem Vertrauen der Bewohner getragene Regierung erhält und die ruhige Entwicklung des Memelgebietes damit gewährleistet wird.

Der Friedenswille der Türken.

Konstantinopel, 18. Februar. (Pat.) Reuter meldet Isamid Pascha äußerte während der Besprechung mit General Harrington den ersten Friedenswillen der Türken. Auf den Verlauf der Lausanner Verhandlungen zu sprechen kommend, erklärte Isamid Pascha, daß die wirtschaftlichen Fragen der Punkt waren, an dem die Verhandlungen scheiterten. Zum Schluß gab Isamid der Hoffnung Ausdruck, daß es in Kürze zur Unterzeichnung des Friedensvertrages kommen werde.

Konstantinopel, 18. Februar. (Pat.) Isamid Pascha ist, nach Verhandlungen mit General Pellet nach Angora abgereist.

Gegen die planmäßige Aufsechtung des Staatsbürgerrechts

Der deutschstämmigen Einwohner durch die inneren Verwaltungsbehörden richtet sich eine Interpellation des Abg. Naumann und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Minister des Innern, die folgenden Wortlaut hat:

Im ehemaligen preussischen Teilgebiet mehrten sich in auffälliger Weise die Fälle, in denen Deutschen, die bisher durch alle die 4-Jahre behördlicherseits als polnische Staatsbürger angesprochen wurden oder sich nach den bestehenden Gesetzen als polnische Bürger betrachten durften, das Staatsbürgerrecht abgeprochen wird. An diese Aberkennung schließt sich in der Regel entweder die Ausweisung der betroffenen Person oder aber die Einleitung des Verfahrens zur Liquidation ihres Grundbesitzes.

Es erscheint um so merkwürdiger, daß gerade im jetzigen Moment zahlreicher Einzelpersonen gegenüber die Frage des Staatsbürgerrechts angeschnitten wird, als ja die Regierung selbst darauf hingewiesen hat, daß die maßgeblichen internationalen Verträge noch der Ergänzung und Vertiefung bedürften, und daß die notwendigen Kompletierungen erst im Wege der Vereinbarung zwischen Polen und Deutschland geschaffen werden müßten.

In vorliegendem Sinne hat sich kürzlich der Vorsitzende der Dresdener Delegation, Herr Dłazowski, in einem Pressecommuniqué und in der Sejm-Sitzung vom 5. d. M. der Herr Außenminister Strzyński in seinem Exposé über die Außenpolitik ausgesprochen. Beide haben durchblicken lassen, daß die Dresdener Verhandlungen einen günstigen Verlauf nähmen und sogar schon ein Vertragsentwurf vorliege, der die Frage des Staatsbürgerrechts regelt. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Regelung im Sinne des Genfer Abkommens beabsichtigt ist. Denn es ist nicht abzusehen, warum für die Deutschen in den ehemaligen Provinzen Westpreußen und Posen andere Normen gelten sollen, als wie sie für polnische Oberösterreich festgelegt worden sind. Finden aber die Grundzüge des Genfer Abkommens auch für die ehemaligen Provinzen Westpreußen und Posen Anwendung, dann haben zahlreiche Personen für polnische Staatsbürger zu gelten, denen jetzt ihr polnisches Staatsbürgerrecht streitig gemacht wird.

Hierzu kommt, daß die Frage des polnischen Staatsbürgerrechts auch vor den hiesigen internationalen Instanzen zur Verhandlung steht. Befandlich hat am 30. 9. v. J. die hierzu eingesetzte Sachkommission des Völkerbundes einstimmig ein Votum abgegeben, zu dem sich die neueren Entscheidungen der Starosten in Widerspruch setzen. Seitens der Regierung ist das Votum zwar angefochten worden. Indessen ist gerade auf Grund dieser Anfechtung der Völkerbund bzw. das Oberste Schiedsgericht im Haag noch weiter mit der Prüfung dieser einschlägigen Bestimmungen befaßt, und eine Entscheidung des höchsten internationalen Tribunals dürfte in Kürze zu erwarten sein.

Sollen sonach die maßgeblichen internationalen Verträge erst ihre authentische Interpretation erfahren, so erscheint es nicht angängig, daß die Behörden der unteren Verwaltung mit ihren Spezialentscheidungen jener Interpretation vorzuziehen.

Wir müssen aufs entschiedenste Verwahrung dagegen einlegen, daß die Tendenz, das Land um jeden Preis zu eindeutschen, Verwaltungsmaschinen zettelt, die sich mit den üblichen Verwaltungsgrundlagen nicht in Einklang bringen lassen. Im Lande sind im wesentlichen nur solche Deutsche geblieben, die seit Generationen mit dem Lande aufs engste verbunden sind. Das Ne-Mischen in der Heimat war ihnen um so schmerzlicher.

Der eine — und ab durch seine Persönlichkeit angefüllt — denselben Einfluß auf andere aus, wie die kommerzielle Wärme auf Geld und Woll.

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

16. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Dann reiste sie selbst in die alte Hansastadt, machte, mit Empfehlungen ausgerüstet, einige Besuche und hatte bald die Möglichkeit einer kostenlosen Reise nach Südamerika gefunden. Als Schiffschaffnerin — Stewardess — angeworben, fuhr sie in wahrer Hochstimmung nach Buenos Aires, wie sie hoffte, dem Glück und dem geliebten Manne entgegen.

Erst als sie bereits auf hoher See war, beförderte Frau Angelt, ihrem Wunsche gehorchend, das Schreiben Gertruds an ihre Eltern nach Berlin. Sie nahm in ruhiger Weise Abschied, dankte für alle Güte und Anteilnahme und gab ihren festen Entschluß kund, binnen kurzem als Gattin Georg Wieseners mit diesem ein neues, arbeitsreiches Dasein zu beginnen.

Dieser Brief veranlaßte in dem Ministerpalast einen wahren Aufruhr. Man tauschte lange Kabeltelegramme mit dem Schwager in Buenos Aires, hielt große Beratungen miteinander ab. Es kam zu einer sehr bitteren Auseinandersetzung zwischen den Eltern und Susanne, bei der Susanne erregt für die Schwester eintrat und behauptete, daß das Verhalten von Vater und Mutter von Anfang an ein falsches gewesen und Gertrud in all die Qualen hineingetrieben habe. Weinend verließ sie endlich das Zimmer, in dem Herr und Frau Meinhard außer sich zurückblieben.

händlicher, als ihre polnische Staatsangehörigkeit in keiner Weise angezweifelt wurde. Es ist ein ganz unerträglicher Zustand, der fast an Vogelfreiheit grenzt — wenn nach vielen Jahren plötzlich der polnische Staatsbürger zum deutschen Reichsangehörigen gestempelt werden kann. Wer sich darauf eingestellt hat, polnischer Staatsbürger zu sein, wer demgemäß seine Kinder seit Jahren in polnischen Schulen unterrichten läßt, wer sich bereitgefunden hat, im polnischen Heere zu dienen, der kann nach Jahren nicht eine neue Umstellung vornehmen und kann nicht sein wirtschaftliches und politisches Leben nach Gesichtspunkten neu aufbauen, von denen sich ein deutscher Reichsangehöriger leiten lassen muß. Die Einstellung auf die Zugehörigkeit zum polnischen Staat war ein Bruch mit der Vergangenheit. Der alte abgerissene Faden läßt sich heute nach 4 Jahren nicht wieder aufnehmen. Das Staatsbürgerrecht ist die Grundlage der ökonomischen und politischen Existenz des Einzelnen. Diese Grundlage läßt sich nicht verschleßen wie die leichtgegriffene Bühne einer fahrenden Schauspielertruppe.

Wir fragen den Herrn Minister des Innern:

1. Welche Anweisungen über die Behandlung der Frage des Staatsbürgerrechts bestehen für die ihm unterstellten Behörden?
2. Ist er bereit, gegebenenfalls sofort eine Anweisung dahin zu erlassen, daß die Frage des Staatsbürgerrechts in allen Einzelfällen so lange nicht angeschnitten wird oder in pendent bleibt, bis die zukünftigen Stellen die grundsätzlichen Interpretationen gegeben haben oder bis zwischen Polen und Deutschland eine Vereinbarung über die einschlägigen Punkte erzielt ist.

Die Interpellanten.

Warschau, den 16. Februar 1923.

Gegen den Papst!

In einem längeren Artikel: „Aus dem Lager der geheimen Ziele“ bespricht der Warschauer „Przeglad Wiecejowy“ die Angelegenheit der Transmigration des Gottesdienstes für Kiewslawomsk. Darin wird berichtet, daß in der Transmigration in Krasn nach einem solchen Gottesdienst Bettel angelockt wurden mit der großen Aufschrift: „Das fünfte Gebot: Du sollst nicht töten!“ Die Transmigrationen halten sich aber sehr besitz, diese Bettel wieder abzunehmen. Es gab aber auch Gesellen, die solche „gottesräuberischen“ Gottesdienste abhalten sich geneigert haben. So die Kammler in Krasn, der Delan Kurjewski in Palas u. f. f. Diese Stellungnahme sei um so verdienstvoller, als sogar manche Mitglieder des Episkopats mehr oder minder heimlich mit dem Lager des Nordes alliiert sind.

„Daß die Initiative des Verboies solcher Gottesdienste vom Vatikan ausgegangen ist — wie man übrigens laut erzählt — dafür zeugt deutlich der Feldzug der Presse der Liste 8 gegen den Papst. Im Anstake Roms kommt Conochi nach Opatow, um die griechisch-katholischen Kirchen zu visitieren. Die „Gazeta Poranna“ mulet dabei dem Papst zu, er solle den ukrainischen Nationalismus hemmen, dessen Stütze die ukrainischen Pfarrer bekanntlich sind, genau wie die Stütze des Nationalismus der Ukraine oft verblendete katholische Pfarrer sind. Die „Gazeta Poranna“ ist während darüber, daß der Papst nicht so handelt, wie es die 8 wünscht, und sagt, daß der Vatikan sich nach den Anweisungen der „Dziennikowa“ (so nennt man die „Gazeta Poranna“ im Volk) zu richten hätte.

Die Partei des Abg. Dubanowicz hat seinerzeit den Antrag gestellt, daß der jetzige Papst, damals päpstlicher Nuntius, aus Polen entfernt

werden solle, da er dem „Lager der geheimen Ziele“ schade. Die Herren von der 8 haben damals das sinnlose Märchen aufgebracht, daß der Papst — Freimaurer sei. Freimaurer ist natürlich jeder, der es wagt, gegen die Nationalisten von der 8 zu sein. Jetzt wird bei jeder Gelegenheit der Papst angegriffen, um bei der Geistlichkeit die kirchliche Disziplin und beim Volke die Religiosität zu untergraben. Die schandbaren Gottesdienste sind die Früchte der Methode der „Christen“ von der „nationalen Einheit“, an deren Spitze die Herren Lemn-Stroncki, Sawisz, Bannenkowa, Goldschneider, Gorynski, Bran, Bran und andere „Christen“ dieses geheimnisvollen Tons marschieren.

Die Kampagne gegen den Vatikan wird auf verschiedene Art geführt. Zwei Bischöfe, Sapieha und Teodorowicz, haben für den Senat entgegen dem Rundschreiben des Papstes kandidiert und bis jetzt trotz des klaren päpstlichen Verbotes die Mandate nicht niedergelegt.

Von der Kampfmethode des „Goniec Kra-kowski“, des Organs der Nationaldemokraten, schreibt der sozialistische „Naprawy“: „Wenn der nationaldemokratische „Goniec“ lägenhafte Anklagen über „außergewöhnliche Wunder im Vatikan“ verbreitet, was bezogen soll, daß die Unfehlbarkeit des Papstes zweifelhaft sei, um sein Ansehen bei den kritischen Lesern zu untergraben, so ist das eine überlegte, planmäßige Arbeit.“

Lokales.

Sodg, den 20. Februar 1923.

Deutsche Bürgerpartei. Wie wir erfahren, hat sich am Sonntag das Organisationskomitee der Deutschen Bürgerpartei gebildet, zu dem die namhaftesten deutschen Industriellen und Kaufleute von Sodg gehören. Die Notwendigkeit einer solchen Partei wurde von der „Sodger Freien Presse“ wiederholt betont. Während der Sejm-Wahlen machte sich das Fehlen derselben sehr bemerkbar. Nun haben die nahenden Stadtverordnetenwahlen die Angehörigen der bürgerlichen Kreise endlich erkennen lassen, daß auch für sie die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses besteht.

Der Kopernikus-Jubiläum in Sodg. Am Sonntag feierte Sodg feierlich den 450. Geburtstag unseres berühmten Kosmosmanns Kopernikus. Am Vormittag fand in der St. Stanislaus-Kirche eine Festgottesdienst statt, an welchem Vertreter der Behörden, Vereine, Verbände und gesellschaftlichen Einrichtungen teilnahmen. Am Nachmittag wurde eine ganze Reihe von Feiern in den Nachbarn, Schulen und Vereinen veranstaltet. Abends fand unter zahlreicher Beteiligung der Sodger Bürgerschaft eine Feier in der Philharmonie statt.

Die Tagung der Volksschullehrer. Am Sonntag fand im Saale der Sodger Stadtverordnetenversammlung die Tagung der Volksschullehrer der Sodger Wojewodschaft statt. Die Tagung eröffnete der Vorsitzende des Sodger Volksschullehrerverbandes Herr Wasilewski. Nachdem das Andenken des ermordeten Staatspräsidenten Marusiewicz durch Erheben von den Sigen geehrt worden war, die Tagung von verschiedenen Behörden begrüßt. Von den Ansprachen seien herausgegriffen: die des Wjemaschalla Wozniak über die Notwendigkeit der Gründung eines Lehrzirkels im Parlament; die des Herrn Braun über das Thema: „Lehrbedingungen und -programme“, und die des Herrn Smulkiowski über das dienstrechtliche Verhältnis der Lehrerschaft.

Nach einer Pause fand die Wahl der Ausführungskommission statt, die um 4 Uhr ihre Tätigkeit begann.

„Was uns dieses Kind antut,“ murmelte er ver-bissen.

„Ich habe mir jedes Wort überlegt,“ stöhnte sie. „Alles war so sorglich bedacht, so gut eingeleitet. Es konnte ja nicht mehr schiefgehen! Und nun spielt sie uns diesen Streich! Ach — Franz.“ Hilflos streckte sie die Hand aus.

Der Gatte ergriff sie und umschloß sie fest. „Rolf weiß nun Bescheid. Er wird sie in Empfang nehmen und ihr mitteilen, daß dieser — dieser unnütze Bursche bereits auf dem Wege nach Deutschland ist! Je länger ich nachdenke, desto ruhiger werde ich! Es ist vielleicht so noch nicht am schlechtesten!“

„Unsere Tochter als Stewardess! Wenn das die Welt erfährt!“

Der Minister verstummte und biß sich auf die Lippe. Sein Fuß stampfte den Boden. „Bin ich verantwortlich für mein Kind?“ hatte er sagen wollen. Aber er unterdrückte die Worte, denn schwerer als je empfand er heute, daß er — nur er schuldig war an dem Tun dieses Mädchens, das durch ihn aus dem Hause geschieden war.

Auf dem Meere waren zwei Dampfer aneinander vorbeigerast und hatten sich in üblicher Weise begrüßt und gute Fahrt gewünscht. Aus einer Luke hatte ein bleiches Mädchenanlitz sinnend dem Riesenschiff nachgeschaut. Auf ein Gitter gelehnt, starrte ein Zwischendeckspassagier düster auf das schwimmende Gasthaus, das da dem Lande zusteuerte, von dem er kam.

Der wundervolle Hafen von Buenos Aires, die Landung, der Abschied von dem Schiff, die Entlohnung im Geschäftshause der Gesellschaft in der Stadt, das alles ging wie ein Traum an Gertrud vorüber. Sie kam erst zur Besinnung in dem Hospiz, das ihr eine Kollegin als

„deutsch-anständig-sauber-billig“ empfohlen hatte. Noch hatte sie das Gefühl, als schwanke wie in den letzten Wochen während der Ueberfahrt der Boden unter ihren Füßen, da machte sie sich schon auf den Weg zu einer deutschen Stellenvermittlerin. Sie wollte untergebracht sein, ehe sie Georg aufsuchte.

Ihr Herz schlug heftig, ihre Pulse rasten, wenn auf der Straße große Männergestalten vor ihr auftauchten. Beständig zitterte sie den Geliebten zufällig wiederzusehen, und danach — im Innersten erhoffte sie dieses Wiedersehen. Sie war schon jetzt so erfüllt von dem Kommen, daß sie auf nichts achtete und nicht bemerkte, wie ihr eine ältere Frauensperson auf Schritt und Tritt folgte.

Am dritten Tage, — sie fühlte sich ausgeruht und gestärkt — war sie zu der Vermittlerin befohlen worden, da sie einer englischen Dame, die eine deutsche Erzieherin suchte, vorgestellt werden sollte. Gertrud hatte ihr neues, geschontes Kostüm aus Breslau angezogen und stand, sorglich prüfend, vor dem schmalen Spiegeln, als es an ihre Tür klopfte.

Auf ihr „Herein“ stand eine ältere, schlanke Dame in einem kostbaren Spitzenkleide und reichen Brillantschmuck tragend, vor ihr und blickte sie lächelnd an.

Gertrud schaute wie versteinert auf die Erscheinung aus der vornehmen Gesellschaft. „Tante — Tante!“ flüsterte sie stockend, als sie die Schwester ihrer Mutter, die Gräfin Treppe, erkannte.

„Ja, mein Herz, wann Mohammed nicht zum Berge kommt, muß der Berg zu Mohammed kommen, das weißt du doch?“ rief die Besucherin, breitete ihre Arme aus und zog sie an sich, sie herzlich küßend.

(Fortsetzung folgt).

Größtes Interesse erregten die Ausführungen des Herrn R. Tomczak, der auf die mitunter recht traurige Lage des Volksschulwesens in der Bodzer Woiwodschaft hinwies. So sagte er, daß von 2500 Schulen nur 300 höher organisiert und 80 Prozent in Holzhäusern untergebracht seien. Von 4500 Lehrern seien nur 1200 qualifiziert, während 70 Prozent keine Befähigung zum Lehrerberuf haben. Mit einer Besprechung der Beziehungen der Lehrer zum Mittelschulwesen schloß Redner sein Ausföhrungen.

Lehrer und Schulwärter. Im Zusammenhang mit der in einem hiesigen Blatt enthaltenen Nachricht über einen — angeblich durch Schuld des Magistrats, bestehenden — bedeutenden Unterschied in der Besoldung der städtischen Lehrer und der Wärtler dieser Schulen, teilt der Magistrat mit, daß solche Mißverhältnisse im Gehalt nur in bestimmten Einzelfällen bestehen können. So dürfte das Gehalt eines Schulwärters, der Haupt einer zahlreichen Familie ist, dasjenige eines allein stehenden Lehrers im niedrigsten Zahlungsgrad beinahe erreichen. Da die Lehrer Staatsbeamte sind und ihr Gehalt aus Staatsmitteln gedeckt wird, während die Schulwärtler von der Stadt angestellt und besoldet werden, so kann die Schuld an diesem Sachverhalt keinesfalls dem Magistratsgeschreiben werden, der bemüht ist, jedem seiner Angestellten das Existenzminimum zu sichern.

Schulfeinde. Im Laufe der Woche vom 12. bis 17. Februar verübten wegen Zurückhaltung ihrer Kinder vom Schulunterricht: 1 Person eine 5-tägige Haft, 1 Person eine 3-tägige Haft, 3 Personen eine 3-tägige Haft, 6 Personen eine 2-tägige Haft und 6 Personen eine 1-tägige Haft.

Erhöhung der Kohlensteuer. Mit dem 1. Februar wurde vom Ministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel die Kohlensteuer erhöht, und zwar für Dombrowaer Kohle von 20 auf 25 Prozent und für alle übrigen Kohlenarten von 12 auf 15 Prozent.

Vereitelte Trauermesse für den Präsidentenmörder. Als Loborn wird gemeldet: Donnerstags vormittag sollte auch, wie bereits in der Marienkirche, in der Kirche St. Johann eine Trauermesse für den Präsidentenmörder Miedziadziński gelesen werden. Als der Pfarrer Kozłowski die Messe betrat, um mit der Messe zu beginnen, kam eine Menge Arbeiter auf ihn zu und zwang ihn, die Kirche zu verlassen. Sie gebrauchten dabei etwa folgende Worte: „Genug des Guten für den Mörder unseres Präsidenten! Wenn einer aus unseren Reihen jemand aus Eurer Partei ermordet hätte, dann tätet Ihr sicherlich keine Messen lesen. So wird Gottes Wort verhöhnt, daß Sie jetzt anfangen, die Taten eines Mörders zu loben? — Als der Geistliche etwas erwidern wollte, entstand ein noch größerer Redeschwall. Die Messe konnte deshalb nicht stattfinden.

In Lodz aber werden weiterhin Messen für Miedziadziński gelesen, und seltsamer Weise sind es gerade Arbeiter, die sie besuchen!

hip. Zum Reserve-Untersuchungsrichter beim Bodzer Bezirksgericht wurde Herr Arkadiusz Jstalew, der bisherige Untersuchungsrichter des Wilsauer Bezirks, ernannt.

hip. Vergrößerung der Zahl der Richter. Der Ministerrat bewilligte dem Bodzer Bezirksgericht ein Ergänzungsetat, und zwar 1 stellv. Präsidenten, 4 Bezirksrichter und 1 Unterstaatsanwalt. Die Zahl der Gerichtsapplikanten soll gleichfalls in nächster Zeit erhöht werden gegenwärtig zählt das Bezirksgericht 75 Richter und 27 Gerichtsapplikanten.

hip. Ein Erinnerungszeichen für Richter. Um für die Arbeit derjenigen Juristen, die am Aufbau des polnischen Gerichtswesens im ehemals russischen Teil mitwirkten, ein bleibendes Andenken zu schaffen,

ordnete der Justizminister die Herstellung eines Gedenkzeichens aus Anlaß des 5-jährigen Bestehens des Gerichtswesens (1917—1922) an. Dieses Gedenkzeichen wird die Form eines 8-armigen Sternes auf amaranthenem Grund haben sowie mit einem erhobenen weißen Adler und der polnischen Aufschrift: „Gerechtigkeit — die Grundlage der Republik“ versehen sein. Das Gedenkzeichen wird von einem Silberlaubgewinde eingefast sein. Das Recht zum Tragen dieses Abzeichens steht den Richtern, Unterstaatsanwälten sowie denjenigen Beamten des früheren Justizdepartaments zu, die vom 1. September 1917 im Amte waren und mindestens ein Jahr lang ununterbrochen in ihm verblieben sind. Das Abzeichen wird aus Anlaß der 5. Jahresfeier der Schaffung des polnischen Gerichtswesens verliehen werden.

Eine Auskunftsstelle für Auswanderer. Am 1. Februar wurde durch das Auswandereramt beim Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge eine besondere Auskunftsabteilung organisiert. Von dieser Abteilung können Auswanderer, die sich in die Fremde begeben, über die Reisebedingungen und Reisekosten, sowie über die Auswanderungsvorschriften der verschiedenen Staaten, über die wirtschaftlichen Bedingungen, Anstellungsgelegenheiten u. a. m. Auskunft erhalten. Einwanderer, die aus der Fremde nach Polen zurückkehren, erhalten dort Rat, wie sie eine passende Beschäftigung erhalten oder einen entsprechenden Kauf abschließen können. Die Auskünfte werden mündlich und schriftlich erteilt.

Eine Million auf Lodz gefallen. Bei der letzten Ziehung der 4-prozentigen Prämienstaatsanleihe (Millionumla) wurde die Nr. 0,513,280 die in Lodz verkauft worden war, ausgelost.

Eisbahn. In der Reihe des Winters hat der Frost endlich so zugenommen, daß an Eisport gedacht werden kann. An einigen Stellen der Stadt wurden Eisbahnen angelegt, auf denen sich eine sportfrohe Jugend tummelt.

hip. Die Ziegelfabrik. Im Zusammenhang mit der unlängst aufgedeckten Ziegelfabrik im Magistrat wurden die Akten dem Untersuchungsrichter des Bodzer Bezirksgerichts überwiesen, der jetzt die weitere Untersuchung führt.

hip. Erhöhte Gebühren. Gestern wurden die Gebühren zum Unterhalt des Adressbüros in Lodz auf 500 Mark für einen Ein- oder Ausmeldebettel und auf 500 M. für eine Adresse erhöht.

Nicht teuer genug. Mit dem 1. März tritt eine erneute Erhöhung der Tabak- und Zigarettenpreise ins Leben. Diese Erhöhung wird im Durchschnitt 40—70 Prozent ausmachen.

Die Lohnbewegung. Die in der Fürstendindurie beschäftigten Arbeiter haben folgende Lohnforderungen gestellt: für Arbeiter 1. Klasse 16 667 Mark, zweiter Klasse — 15 000 M. und Arbeiter dritter Klasse 14 167 M. täglich. Vom 15. Februar ab fordern die Arbeiter eine 60prozentige Erhöhung dieser Löhne.

Angesichts der steigenden Preise für Lebensmittel sowie der niedrigen und unregelmäßigen Löhne in der Korbindustrie, beschlossen die in der Korbindustrie beschäftigten Arbeiter, den Korbwerkhäusern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Einführung des 8-stündigen Arbeitstages; 2. Minimum der Arbeitslöhne von 13 333 M. täglich für erklaffige Arbeiter, 11 666 M. für Arbeiter zweiter und 8333 M. täglich für Arbeiter dritter Klasse; 3. vom 15. Februar ab werden diese Löhne um 100 Proz. erhöht; 4. in Zukunft werden alle Lohnerhöhungen gemäß den in der Textilindustrie bestehenden Löhne erhöht.

Die Tuerung im Jahre 1922. Kurzer Notiz schreibt: Seht man die Preise vom Januar 1922 gleich 100, so erhält man für Dezember 1922 folgende Zahlen: Großhandelspreis 589, Kurs des Dollars 521, Lebenshaltungskosten 492, Notenumlauf 331.

(zwei Melodien für Streichorchester) und Grieg (die immer gehörte Peer Gynt-Suite.) Das unter Bronislaw Schuch's Leitung stehende Orchester gab sich Mühe, die Tonwerke klangschön zum Vortrag zu bringen. „Ases Tod“ und „Anitras Tanz“ mußten wiederholt werden.

Als Solistin bestätigte sich Fräulein Dora Braude, die mit Begleitung des Orchesters das Klavierkonzert von Schumann A-moll op. 54 spielte.

Es fällt auf, daß die Morgenkonzerte, die früher immer ausverkauft waren, seit einiger Zeit einen mangelhaften Besuch aufweisen. Es ist sehr zu bedauern, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse so manchen Musikfreund zwingen, den Morgenkonzerten fernzubleiben. Der allgemeine Kulturstand unserer Stadt leidet darunter.

Deutsches Theater. „Wodsprünge“ Schwan in 3 Akten von Hirschberger und Kraas.

Am Sonntag nachmittag hatten wir Gelegenheit, einige neuangestellte Bühnenkräfte im Scala-Theater kennen zu lernen. Gespielt wurde der 3-aktige Schwan „Wodsprünge“.

Besser wäre eigentlich die Bezeichnung „Das Scheinverhältnis“ als Titel des Stückes gewesen, da diese im Grunde genommen — mehr dem Inhalt des Stückes entspricht. Die Rollen der Viesersängerin Ninette hätte dann mit Recht als Titelfigur angesprochen werden können. Doch wir wollen hier durchaus nicht mit den beiden Darstellern des Stückes wegen zu Gericht gehen. Außerdem ist das Stück so alten Datums, daß es nicht verlohnt, aus den verfallenen Fächern der Theaterbibliothek hervorgeholt zu werden. Da es nun aber einmal gesehen ist, daß das Stück hier aufgeführt wurde, so wollen wir uns nur darauf

ber einer polnisch-russischen Postkonvention. Am 20. d. M. begeben sich Delegierte des Postministeriums nach Moskau zum Abschluß einer polnisch-russischen Postkonvention.

Vor der Ergänzung des Mieterschutzgesetzes. Im städtischen Wohnungsausschuß wurde die Novelle zum Mieterschutzgesetz besprochen. Das Verbot der Kündigung bleibt aufrecht. Bezüglich der Erhöhung der Miete wurde eine Umrechnung der alten Wärtler auf die polnische Wärtler beschlossen und zwar bei Wohnungen: 1 Rubel = 500 M., 1 deutsche Mark = 230 und eine österreichische Krone = 200 M.; bei Handels- und gewerblichen Lokalitäten: 1 Rubel = 1000 M., 1 deutsche Mark = 480, und eine österreichische = 400 M. Nach diesem Schema wird der Friedenszins aus dem Jahre 1914 umgerechnet werden. Nun ist, daß Ausländer unter dem Schutze des Mieterschutzgesetzes nur dann stehen, wenn auch in ihrer Heimat daselbe Recht polnischen Staatsbürgern zusteht.

hip. Verhaftung eines bolschewistischen Spion. Vorgerstern verhafteten Polizeibeamte einen gewissen Kozimierz Wojcicki, der Kozibezel bei Adam Kmiter. Der Verhaftete steht in Verdacht, für Sowjetrußland Spionage getrieben zu haben. Bei ihm wurde viel belastendes Material gefunden. Er wurde dem Staatsanwalt übergeben.

Straßenraub. In der Trauguttstraße wurden Marian Dziatkowski, G. Gruszcynski, Josef Szupinski, Marie Symonka und Josef Spychalski von 6 bewaffneten Banditen überfallen. Unter Androhung des Todes raubten die Banditen 500 000 M. sowie die Personalausweise und Pässe.

hip. Falsche Kriegsverletzte. In letzter Zeit nehmen viele Straßenbetrüger die Opferwilligkeit der Allgemeinheit in Anspruch, die erklären, daß sie ihre Verletzungen während des Krieges erlitten haben. Dem gegenüber stellt der Kreisverband der Kriegsinvaliden fest, daß alle sich zur Arbeit meldenden Invaliden in den Werkstätten Beschäftigung finden. Mithin wird die Unkenntnis der Allgemeinheit von den erwähnten Betrügern in straflicher Weise ausgenutzt.

hip. Mord oder Selbstmord? In dem Hause Jagajnikowa 6 wurde ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Da die Hände der Leiche blutig waren, ist zu vermuten, daß hier ein Mord vorliegt.

hip. Die Kehle durchschnitten. In ihrer Wohnung in der G. Sierpnia-Straße 64 durchschnitt sich eine Jadwiga Bartosik in selbstmörderischer Absicht mit einem Feilermesser die Kehle. Die Lebensmühe wurde in hoffnungslosem Zustande in das Spital in der Drennowska geschafft.

hip. Ein harter Selbstmörder. Der Prejagds-straße 40 wohnhafte 13-jährige Stanisław Solich trat in selbstmörderischer Absicht Gift. Als das Gift jedoch ohne Wirkung blieb, begab er sich in den Keller und erhängte sich dort. Der Vater Solichs fand seinen Sohn nur noch mit schwachen Lebenszeichen vor. Ein Arzt der Unfallversicherungsgesellschaft „Unas Pacel“ brachte den Lebensmüden wieder zum Bewußtsein.

hip. Ein Betrugschwindler. Die Wschodniarska, 18 wohnhafte Chane Szaba zeigte bei der Polizei einen gewissen May Eklender aus Somaşow an, der unter dem Vorwande, sie zu heiraten, ihr Geld und verschiedene Sachen im Werte von 1 Million Mark entlockt hat.

hip. Eine herzlose Mutter. Die Konstantinowska 23 wohnhafte Anna Kłos, welche am 14. Februar im Vorweg des Hauses Marjinskistr. 10 ihr Kind ansehte, wurde von der Polizei festgenommen und dem Friedensgericht übergeben.

hip. Da werden Weiber zu Hühnern. Der Franziskaner-straße 68 wohnhafte Josef Dzierżyciel meldete der Polizei, daß ihm seine Frau Marianna während eines Streites mit einem Messer verwundet habe. Außerdem habe sie gedroht ihr halbjähriges Kind zu töten.

hip. Unfälle. Die Gbanskistr. 131 wohnhafte Maria Komplen fiel beim Aussteigen aus einem Eisenbahnwagen auf dem polnischen Bahnhof so unglücklich auf die Schienen, daß sie

beschränken, die Leistungen der Darsteller einer Kritik zu unterziehen.

Die Viesersängerin Ninette wurde von Maja Serling verfürpert. Ein abschließendes Urteil über diese Darstellerin, wie überhaupt über sämtliche neuen Kräfte des deutschen Theaters, wollen wir diesmal nicht abgeben. Jedenfalls kann man die Hoffnung hegen, daß Frau Serling bei einigen guten Willen die Feldlinienrollen gut erfassen wird. Hans Räder, der den Walter Freimann spielte, konnte als jugendlicher Liebhaber lebhafter sein. Hella Rombach als junge Chiesan hätte dagegen etwas mehr Ernst bewahren können. Sie war, sogar als junge Frau, zu flatterhaft und zu naiv. Hermann Glaser würde die Rolle eines Humoristen besser liegen. Otto Kurz charakterisierte den heißblütigen Ungar trefflich. Die fönische Alie, Rosa Schmidt, erregte Feltterkeit im Zuschauertraum. Attilio Mardo spielte den Rantier Grünwald, den alten Provinzadel und Schwerenöter mit viel Darstellungskraft. Den alten amerikanischen Professor Löwenstrom gab Paul Röhler gut wieder. Edmund Rzeszowski machten wir allen Ernstes empfehlen, weniger zu übertrieben, mehr Natürlichkeit im Spiel an den Tag zu legen und mit seinen langen Haaren keine Akrobatenkunststücke zu machen.

S. U. Ark.

Frau Kieselhausen kommt erst im März. Die angekündigten Gastspiele Frau Kieselhausens haben nicht stattgefunden. Wie wir erfahren, kann die geniale Tänzerin Lucy Kieselhausen erst im März nach Lodz kommen.

Die teuren Bücherpreise. Der Jenaer Verleger Diederichs stellt im „Buchhändler-Börsenblatt“ einen Vorschlag der Herstellungskosten eines Romans von 20 Bogen Umfang auf holzfreiem Papier, Auflaufe 3000, aus

Kunst und Wissen.

Die zweite Aufföhrung von J. S. Bachs Weihnachts-Oratorium.

Die in der St. Johanniskirche am letzten Sonntag stattfand, reichte sich der ersten Aufföhrung würdig an. Die Solisten und das Orchester standen auf der Höhe ihrer Leistung vom vorletzten Sonntag, während der Chor, scheint's, an Klangschönheit noch gewonnen hatte. Dem Kirchengesangsverein der St. Johanniskirche, dem die Wiederholung wohl in erster Linie zu verdanken ist, gebührt dafür Lob, daß er den Genuß des herrlichen Tonwerks auch denen ermöglicht hat, die der ersten Aufföhrung nicht beizuohnen konnten. Schade nur, daß sich so mancher die in Lodz so seltene Gelegenheit entgehen ließ, gute Kirchenmusik zu hören!

Herrn Musikdirektor Birnbacher-Lange und seinen Getreuen möge der Erfolg der beiden Aufföhrungen ein Ansporn sein zu weiteren Taten!

Wie wir hören, soll sich Herr Musikdirektor Birnbacher-Lange mit der Absicht iragen, J. S. Bachs gewaltige Matthäus-Passion einzustudieren. Zu diesem Gedanken kann man Herrn Birnbacher-Lange nur beglückwünschen!

Skandinavische Musik in der Morgenfeier der Philharmonie.

Das 19. Frühkonzert der Philharmonie am letzten Sonntag war wieder einmal der nordischen Musik gewidmet. Das Programm bezeichnete: Sibelius (König Christian-Suite, zum ersten Mal in Lodz gespielt), Svedöns

dem Körper sowie an der Stirn ernste Verletzungen erlitt. Ein Arzt der Unfallversicherungsgesellschaft erstellte der Verunglückten die erste Hilfe. — Gustav Wolfard, Wapitawer 147, glitt vor dem Hause 13 derselben Straße auf einer Eisenplatte aus und erlitt einen Beinbruch. Ein Arzt der Rettungsgesellschaft erstellte dem Verunglückten die erste Hilfe. — Frau Anna Gubrian in Wabianitz trat beim Werdereisen der Dettikauer an der Ecke der Dettikauer in unglücklich auf, daß sie sich den Fuß verstauchte. Nach Erteilung der ersten Hilfe durch einen Arzt der Rettungsgesellschaft wurde sie zu ihrem Bruder, Herrn Pastor Gubrian an der Dettikauer, gebracht.

Spenden für die St. Matthäuskirche. Uns wird geschrieben: In der letzten Woche sind folgende Spenden zugunsten der St. Matthäuskirche bei mir eingelaufen: Auf der Hochzeitsfeier des Herrn Stanislaus Wollert mit Frau Maria Schorsch 25.00 Mark, noch der Jahresspende des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter 101.000 Mark, bei der Jahresspende im Festkalender des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter 70.000 Mark, Familienabend 57.785 Mark, Gesandter 0.000 Mark, auf der silbernen Hochzeit des Herrn Rudolf Schille mit Frau Wanda, geb. Angelus 55.000 Mark, an Stelle eines Kronens für Julius Heuselmann von Albert Perleth 50.000 Mark, Frau Grubert 5000 Mark, R. 3. 100.0 Mark, A. 30.000 Mark, ges. im Hause des Herrn Jakob Zylar durch Frau Wanda Zylar und Herrn Vogel 410.000 poln. Mark, 10.000 deutsche Mark, Lehrer Grotz-Dewitz-Wolff 150.0 Mark, Köhner 20.000 Mark, Frau Goltz 20.000 Mark, Köhner 20.000 Mark. Für alle diese Spenden spreche ich den edlen Wohltätern den innigsten Dank aus. Gott segne die Geber und die Gabe. Weitere Spenden zugunsten des Kirchbaus nimmt mit Dank entgegen

Pastor J. Dietrich.

bip. Ein Unverbesserlicher. Der wegen geschlechtlicher Vergehungen an unreifen Mädchen schon einmal zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilte Urbanial aus Pabianitz hatte sich wiederum vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten, weil er schon wieder 6 minderjährige Mädchen verführt hat. Urbanial wurde zu 6 Jahren Gefängnis und zum Verlust der Rechte verurteilt.

Ein gewisser Jozef Nowak, Straße des 28. Schützenregiments 25, soll sich angeblich an der in demselben Hause wohnhaften 12-jährigen Pola Spitzkowsky in ständiger Einigkeit vergangen haben. Dies zu rächen, drangen die Eltern des Mädchens mit einigen Nachbarn in den Laden ein, in dem Nowak Verkäufer ist, und verprügelten ihn. Nowak wurde u. a. mit einem stumpfen Gegenstand am Kopf verletzt.

bip. Brände. In der Fabrik von Geher, Dettikauer Straße 2-3, brach in der Nacht Feuer aus. Dem 2. und 4. Zug der freiwilligen Feuerwehr gelang es, das Feuer zu unterdrücken. — In der Papierfabrik von Wapitawer 79, entstand infolge der Benutzung eines fehlerhaften Ofens Feuer. Der 1. und 2. Zug der freiwilligen Feuerwehr löschte den Brand, der die Decke und einen Teil des Daches vernichtet hatte.

Vereine und Versammlungen.

Jahreshauptversammlung des Kirchengesangsvereins der St. Trinitatis-Gemeinde. Am Sonnabendabend fand im eigenen Lokale des Vereins im Beisein von 138 Mitgliedern die Hauptversammlung statt, die der Vizepräsident des Vereins Herr Pastor Paul Gubrian um 9 Uhr eröffnete. Zuerst wurde das Andenken des verstorbenen Vorsitzenden Herrn Konstantinial Pastors Gubrian durch Erheben von den Sigen geehrt. Die Niederschriften der letzten Monatsitzung, der letzten Jahreshauptversammlung sowie der Jahresberichte des Schriftführers wurden gelesen und angenommen. Aus dem Bericht des Schriftführers, Herrn S. Dietrich, ist zu ersehen, daß dem Verein gegenwärtig 476 Mitglieder angehören. Zu Anfang des Berichtsjahres zählte der Verein 440 Mitglieder. Verstorben sind in dieser Zeit: der Vereinsvorsitzende, Pastor H. Gubrian, das Witwenmitglied, Frau Schwertner, sowie die Herren: Anton Kowalsch, Hermann Klinger, Adolf Gütler.

dem Jahre 1914 einem entsprechenden aus dem Jahre 1923 gegenüber. So, Zuzahlung und Druck kamen 1914 auf 1000 Mark, kommen heute dagegen auf 160000 Mark zu stehen, das Papier kostete 1914 rund 500 Mark, 1923 aber 168000 Mark; als Gesamtsumme wird für 1914 rund 3500 Mark, für 1923 aber 6 Millionen Mark berechnet. Nimmt man an Ladenpreis den 1914 gültigen von 4 Mark als Grundzahl und multipliziert ihn mit der heutigen Schlüsselzahl 1400, so ergibt sich ein Ladenpreis von 5600 Mark. Dennoch ist das Buch heute billiger als 1914, denn wenn man noch die Rabatte und Verlagsunkosten in Rechnung zieht, ergibt sich, daß 1914 schon 1900 abgesetzte Exemplare den Kostenaufwand des Verlegers deckten, während heute der Verleger 2470 Exemplare absetzen muß, um auf seine Kosten zu kommen.

Die Schlüsselzahl der Vereinigung der Kunstverleger E. V. ist mit Wirkung vom 12. Februar 1923 auf 250 festgesetzt worden, d. h. der Katalogpreis wird mit 250 multipliziert.

Experimentierabend von Rom Romano. Uns wird geschrieben: Der in unserer Stadt von früheren, abermals gelungenen und interessanten Veranstaltungen her bekannte Herr Rom Romano nimmt mit seinem Auftreten am Mittwoch, den 21. Februar, im Saale der Philharmonie von Boby Abschied, um sich ins Ausland zu begeben. Herr Romano entwickelt in seinen Experimenten ein außerordentliches Können. Er ruft kein Grauen hervor, er zeigt nur Magnetismus, Autolugestien usw. in ihren Wirkungen und ruft so ungeheures Interesse hervor, das sich manchmal bis zur Atembellemmung steigert. Dem Experimente von Rom Romano wird ausrichtige Anerkennung gezollt, nicht nur von der Allgemeinheit, sondern auch von Gebildeten. Das letzte Auftreten des Herr Romanos wird unabweislich

Karl Klusow, Gustav Buhle, Robert Marcjewski, Alfons Berndt und Franz Schiller. Nachdem das Andenken der Verstorbenen durch das Absingen des Liedes „Wenn ich einmal soll scheiden“ geehrt wurde, verlasen die Kassierer den Kassen-, den Wirtschaft- und den Bilanzbericht, die von der Versammlung gutgeheißen wurden. Hierauf erhielten Ehren diplome: für 50-jährige Vereinszugehörigkeit Herr Karl Modrow, für 25-jährige die Herren Gustav Münzberg, Karl Schendel, Gustav Bed, Karl Hermanns, Adolf M. Den Eheleuten Abel, die sich um den Verein besonders verdient gemacht haben sowie Herrn Friedrich Elstermann wurden besondere Geschenke überreicht und den verstorbenen Vereinsjahre besonders eifrig gewesenen Sängern der Dank der Versammlung zum Ausdruck gebracht.

Die Revisionskommission erstattete hierauf ihren Bericht, wonach alles in Ordnung befunden wurde, worauf die bisherige Verwaltung entlastet und ihr für ihre Arbeit gedankt wurde. Die hierauf vorgenommene Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: Aktive Vorstände: Friedrich Elstermann und Ludwig Kul; passive Vorstände: Otto Pfeiffer und Johannes Walmski; Kassierer: Karl Ziesel und Otto Braun; Wirtschaftskassierer: Oskar Probst; Schriftführer: Eduard Simon und Oskar Nagarski; Beerdigungsvorstand: Otto Jurek; Wirte: Reinhold Leschner und Rudolf Scheibe; Archivare: Heinrich Neumann und Leopold Münzberg; Markenverkäufer: Adolf Herbrich, Theodor Schlinger, Richard Sack; Lokalwirt Otto Job; Revisionskommission: Otto Wißan, Hermann Dietrich, Hermann Hoffmann; Vereinsbevollmächtigte zu rechtswärtiger Reklamation: Friedrich Elstermann, Ludwig Kul, Otto Pfeiffer; Niederkommission: Gustav Pfeiffer, Hugo Walter, Richard Heyer; Ballotagekommission: A. Born, R. Job, B. Giesel, A. Schumpich, St. Prangörst, G. Albrecht, G. Stark, A. Wolfenstein, J. Wermisli, G. Bed, A. Hoffmann, S. Müller, R. Schendel, Chr. Glin, A. Kury, S. Kury, S. Koller, P. Weber, E. Prieg, Fr. Krüger; Vergütungskommission: Obmann R. Job; Mitglieder S. Kury, E. Dietrich, E. Schulz, M. Dberg, A. Michel, S. Prangörst, S. Nisel.

Wir werden ersucht, darauf aufmerksam zu machen, daß heute abend 8 Uhr im Vereinslokale eine Sitzung der alten und neuen Verwaltung zur Uebernahme der Geschäfte stattfindet.

Im Kirchengesangsverein „Gloria“, Konstantinialstraße 5, fand am Sonntagabend in Anwesenheit von 110 Mitgliedern die Jahreshauptversammlung statt. Zum Leiter der Versammlung wurde der Ehrenpräsident des Vereins, Herr August Franz gewählt, der seinerseits zu Befördernden die Herren Peter Gertner und Paul Teisch und zum Schriftführer Herrn Julius Munser berief. Nach Bestätigung des Jahres- und Kassenberichtes wurde die bisherige Verwaltung entlastet. Die hierauf vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Präses Blaslaw Kolabjeffski; Vize-Präses Otto Gittel; Kassierer Alexander Kolmann; 1. Schriftführer Bernard Milbe; 2. Schriftführer Julius Munser; Vereinswirt Adolf Hartwig; Archivar Theodor Müller; Vorstandmitglieder: Sigmund Herbst, Gustav Nibel und Fräulein Alma Gramms; Revisionskommission: Emil Reinsch, Alfons Birle und Hugo Sung. In Anerkennung der vielfachen Verdienste um den Verein während ihrer bereits 25-jährigen Zugehörigkeit zu demselben wurden zu Ehrenvorsitzenden ernannt: Herr Paul Teisch und Frau Sallanna Franz. Es wurde beschlossen einen Seniorenkonvent einzuführen, welchem alle Mitglieder an-

den Saal der Philharmonie bis auf den letzten Platz füllen, umso mehr, als indische Experimente angekündigt sind. Karten sind an der Kasse der Philharmonie zu haben.

Neue Schriften.

Unter Fremdherrschaft und Hungerpeitsche. Die Leiden der Deutschen im besetzten Gebiet. Potsdam 1923. Verlag Rheinischer Beobachter. Edmund Klein. Grundpreis 0,25 Mark.

Ein Aufschrei aus den Tiefen der deutschen Volksseele gegen politische Vergewaltigung und wirtschaftliche Zermürbung stellt diese neue Veröffentlichung dar, die in Aufzügen kenntnisreicher Deutscher und einsichtiger Ausländer (eines Amerikaners, eines Dänen und eines Norwegers) Deutschlands Not und Erniedrigung schildert. Der frühere amerikanische Oberkommissar in der Rheinlandkommission stellt Frankreichs absichtliche Sabotage des europäischen Wiederaufbaus fest, während die nackten Realien der neuesten Feststellungen über den Verbrauch der Besatzungstruppen, das Schmarozkerleben und den Luxus der französischen Soldateska charakterisieren, die es sich auf deutschen Boden wohl sein läßt. Auf den Nahrungsmangel, das Zunehmen der Selbstmorde, die grauenhafte Säuglingssterblichkeit und das Ueberhandnehmen der Nervenkranheiten weist der Anschlag eines kenntnisreichen Volkswirtschaftlers hin, und trostlos wäre der Gesamteindruck dieses Festes, das noch durch mehrere politische Glossen und Auslandsklimatee ergänzt wird, wenn nicht die Stimme einer deutschen Dichterin mit starken Worten die Hoffnung ausspräche, daß aus dem großen Leid unseres Volkes seine Seele sich erheitert und gestärktes Volksleben zu neuem Leben bringt.

gehören sollen, die bereits 15 Jahre beim Vereine sind. Ferner wurde beschlossen, den Monatsbeitrag der Mitglieder zu erhöhen, und zwar für die aktiven auf 1000 M. und für die passiven auf 2000 M.

Ehrenabend für Herrn Kapellmeister Moiss Sunitz. In Würdigung der Verdienste seines Gesangsleiters hatte der Kirchengesangsverein „Cantate“ am Sonntag einen Ehrenabend für Herrn Kapellmeister Sunitz veranstaltet, der hinsichtlich der Darbietungen des Programms wie des Besuchs den gleichen Veranstaltungen der vergangenen Jahre in seiner Beziehung nachstand. Der Beliebigkeit und Regsamkeit des Benefizianten war es zu danken, daß die Vortragssfolge auch diesmal eine Anzahl sehr exquisiter Nummern, ausgeführt von bekannten hiesigen Solisten auf dem Gebiete des Gesanges und der Musik, aufwies.

Zunächst war es der Chor, der unter der Leitung Sunitz das geistliche Lied „Dir, o Ewiger“ in wirkungsvoller Weise zu Gehör brachte und so vor der Öffentlichkeit ein sehr bemerkenswertes Zeugnis von der gesangspädagogischen Befähigung seines Leiters ablegte. Herr Julius Wagner sang hierauf zwei Tenorsoli, und zwar „Winterkürme“ aus der Wagnerischen „Walküre“ und „Mow do minie jescze“, die gleichfalls sehr gefielen. Von den Anwesenden freudig begrüßt, betrat hierauf Herr Richard Krause die Bühne. Unter Klavierbegleitung Sunitz spielte er die Phantasie aus „Rigoletto“ sowie das Werk eigener Schöpfung „Air de Vienne“. Dem geschätzten Gelger wurde hierfür reicher wohlverdienter Beifall gezollt. Im weiteren erstarrte Herr Robert Brantigam die Zuhörer mit den Baritonoli „Drei Wanderer“ und „Lieb mich und die Welt ist mein“. Hieran schloß sich der Vortrag des Trios F dur von Delschläger, ausgeführt von den Herren R. Krause (Violine) Torno (Cello) und Kapellmeister Sunitz (Klavier), das gleichfalls beifällig aufgenommen wurde. Das hierauf von den Herren Brantigam und Wagner gesungene Duett aus Verdis „Macht des Geschicks“ wirkte eindrucksvoll auf die Zuhörer. Den ersten Teil des Programms beschloß der Chor, der das Lied „Des Grafen Tan“ sowie die Wagnersche „Weilchengavotte“, letztere mit Baritonoli und Streichquintett, vortrug.

Den zweiten Teil füllte ein längeres Lustspiel beistell „Sängerliebe auf der Alm“ aus, das eine Reihe ansprechender Melodien enthält und flott gespielt wurde. Zum Schluß boten die Herren Adler, Lange und Hoch eine Anzahl humoristischer Vorträge und Soloszenen, die ein lauchstiges Publikum fanden.

Der Präses des Vereins, Herr Pastor J. Dietrich beglückwünschte in einer Ansprache Herrn Kapellmeister Sunitz in herzlichen Worten zu dessen Ehrenabend und hob in treffenden Worten die Schaffensfreudigkeit und die Verdienste des Chorleiters hervor, der hierauf auch von seinen des Gesangsvereins „Cantate“ in feinsten Weise geehrt wurde.

Der Lodzer Sportverein „Sturm“ teilt seinen Mitgliedern mit, daß die Verwaltung auf ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, am Sonntag, den 25. d. M., im Vereinslokale einen Unterhaltungsabend, verbunden mit Ueberreichung kleiner Erinnerungsabzeichen an die Fußballer, sowie Fideletas zu veranstalten. Die Mitglieder werden ersucht, ihren Mitgliedsbeitrag an die Vereinskassierer, die Herren S. Goltz und Abel zu entrichten. Da wir kurz vor dem Beginn der Meisterschaftsspiele stehen, werden die Fußballer aufgefordert, an den Trainings, welche Sonntags stattfinden, rege teilzunehmen.

Kauft die 8% Gold-Anleihe

Die Slavische Gefahr. Zwanzig Jahre Balkan-Erinnerungen von M. Ethel Durham. Deutsch herausgegeben von Hermann Zug. Verlag Robert Zug, Stuttgart.

Als im Jahre 1920 von diesem Buch die Londoner Originalausgabe erschien, schrieb der bekannte englische Vorkämpfer gegen die Kriegsschuldfrage, E. D. Morel, darüber: „Wenn sonst nichts, so wird doch gewiß dieses Buch der Legende von der alleinigen Verantwortung Deutschlands für den Weltkrieg den Gnadenhaß geben.“ Jetzt liegt es in einer deutschen Ausgabe von Hermann Zug vor, der als einer der besten Kenner der Schuldkliteratur die Enthüllungen Durhams mit den schlagendsten Beweisen aus den inzwischen veröffentlichten serbischen, russischen u. a. Dokumenten belegen konnte. Diese unanfechtbaren Belege vermehren die Macht der englischen Anklage, die kurz lautet: Rußland hat um seiner Vorkurspolitik willen die Serben zu einem Krieg gegen Österreich aufgehetzt, wissend, daß daraus ein Weltkrieg entstehen würde mit dem durch die Ententepolitik festgelegten Ziel: die Vernichtung von Österreich und Deutschland.

Die englischen Enthüllungen über das große Balkan-Komplotz lesen sich oft wie Szenen aus den Schreckenstagen einer Vorstadt-Bühne. Man muß in der Tat auf die blutige Politik der italienischen Renaissance zurückgehen, um auf gleich verbrecherische Umtriebe zu stoßen! Und es wird jeden Deutschen mit der größten Genugtuung erfüllen, daß das englische Buch mehrfach hervorhebt, wie angesichts der immer bedrohlicheren Einkreisung der Mittel-mächte diese eine kaum noch gerechtfertigte Friedensliebe befanden, obwohl ein Präventivkrieg aus Notwehr völlig berechtigt gewesen wäre.

Aus dem Reiche.

Tabakspende. Spenden. Uns wird geschrieben: Für innere Mission: anlässlich einer Fürbitte Mk. 10 000 von Herrn Fried. Bieker, an Stelle eines Kranzes auf das Grab des Herrn A. Reiß von Herrn A. Meisner und Fr. (Lob) 30 000 Mk. von der Gerechtigkeit des Herrn Schenkel und Fr. Kling (Kraus) 30 000 Mk. — An Stelle eines Kranzes auf das Grab des H. A. Reiß von Herrn Gabriel Theodor 50 000 Mark. — Für das Greifenheim: anlässlich einer Dankagung von A. A. 10 000 Mk. An Stelle von Blumen auf das Grab des Herrn A. Reiß von Herrn D. Meisner 20 000 Mk. An Stelle eines Kranzes auf das Grab des Herrn A. Reiß von den bekannten katholischen Bürgern 45 000 Mk. Allen edlen Spendern dankt herzlich

Pastor N. Schmidt.

— **Amteinführung des zweiten Pastors.** Am 4. März findet in der evang. Kirche, die feierliche Amteinführung eines 2. Pastors statt. Da sich als einziger Bewerber Herr Pastor Krenz gemeldet hat, wird ihm die 2. Pastorstelle durch Herrn Superintendenten Langerstein anvertraut werden.

— **hlp. Verhaftung von Kommunisten.** In der verflochtenen Weise hielt ein Polizist einen jungen Mann an, der ein Päckchen unter dem Mantel zu verbergen suchte. Eine Revision des Unbekannten ergab, daß in dem Paket kommunistische Schriften in polnischer und deutscher Sprache enthalten waren, die in Moskau gedruckt wurden. Während einer bei dem Festgenommenen, einem gewissen Adam Donajczyk, Vernehmung, vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde eine ganze Anzahl kommunistischer Broschüren, die zum Teil bereits verpackt und mit Adressen versehen waren, aufgefunden. Von diesen unverzüglich benachrichtigten besonderen Polizeibehörden in Lodz gelang es, in Warschau eine ganze kommunistische Organisation zu entdecken, deren Mitglieder verhaftet wurden. Unter den Verhafteten befindet sich das Mitglied des Zentralkomitees der Polnischen kommunistischen Arbeiterpartei Mieczyslaw Górski, der sich unter dem Namen eines Mieczyslaw Jasiński betrogen gehalten hat.

Brzeziny. Das hiesige Gastlokal war in den letzten 3 Jahren mit Sträflingen und Häftlingen des ganzen Kreises, Tarnobrzeg ausgenommen, wie folgt belegt: im Jahre 1920 mit 963 Häftlingen bei 4578 Gasttagen, im Jahre 1921 mit 88 Häftlingen bei 3129 Gasttagen, im Jahre 1922 mit 343 Häftlingen bei 6944 Gasttagen. Im Jahre 1923 sind 7 Häftlinge entlassen. 1 Häftling hielt 4 Tage lang einen Hungerstreik aufrecht. Die Unterhaltung des Arrestes liegt in den Händen des Magistrats, welcher die Kosten von den betreffenden Gemeinden des Kreises Brzeziny im Verhältnis zur Zahl der in der Gemeinde zuständigen Häftlinge durch den Kreisverband monatlich einzieht.

— **Rabbinerwahl.** Die Stelle des vor 6 Jahren verstorbenen Rabbiners war bis jetzt unbesetzt. Das Amt eines Unterabbiners verwaltete Herr S. Hornstein. In diesem Jahre entschlief sich die jüdische Gemeinde, Wahlen für den Rabbiner anzusetzen. Dieselben finden den 29. April d. S. statt. Vom 6. bis zum 20. Februar werden die Wählerlisten angefertigt, in welche sich die Wähler durch besondere schriftliche Deklaration eintragen lassen. Diese Deklarationen müssen vom Magistrat bescheinigt werden. Jeder Wähler muß 25 Jahre alt sein und mindestens 1 Jahr in Brzeziny wohnen. Vom 20. bis 28. Februar haben die Wähler das Recht, Beschwerden über Nichtregistrierung in die Wählerliste einzulegen. Kandidaten haben sich bis zum 24. März zu melden.

— **Vom Markt.** Im Jahre 1923 ist folgende Zahl von Haustieren auf dem Marktplatz zum Verkauf gebracht worden: 1415 Minder, 18 Kälber, 919 Schweine, 1236 Ferkel. Trotz mäßigem Bemühen der Stadtverwaltung, in Brzeziny periodische Jahrmärkte für Pferde und hsl. einzuführen, sind diese Vorschläge von der Anstaltsbehörde abgelehnt worden.

Posten. Zu einer großen Rundgebung kam es Freitag vormittag vor dem polnischen Polizeipräsidium. In der Pfarrkirche war zum Gedächtnis des Friedensmartyrers Nikolaus eine Seelenmesse unter großer Teilnahme der Religionsparteien abgehalten worden. Bei der Gelegenheit wurde vor der Kirche eine Gelblammsammlung veranstaltet, deren Zweck noch nicht öffentlich bekannt ist. Mithin trat ein Mann in Polizeiuniform heran und beschlagnahmte angeblich im amtlichen Auftrage die ganze Sammlung. Die darüber aufgereizte Menge zog vor das Polizeipräsidium und verlangte die Zurückgabe des Geldes. Hier wurde dann festgestellt, daß ein Polizeikommandant mit her ausgegebenen Nummern in Polen überhaupt nicht, wohl aber in Brzeziny stationiert ist, der aber dort seinen Dienst um die angelegene Zeit getan hat. Der Beschlagnehmer des Geldes war demnach entweder ein Betrüger, oder er hat im Auftrag seiner Partei dem polnischen Gegner einen Streich gespielt (!) Als die Volkmenge von dieser Lage der Dinge unterrichtet wurde, veranlaßte sie unter lebhaften Rundschreien neue Sammlungen, während 40 Polizeibeamte mit Karabinern den Zugang zum Polizeipräsidium freihielten. Gegen 12^{1/2} Uhr zerstreuten sich die Massen, als die militärische Wache aufzog.

Brody „Die Mutter Gottes von Brody“

Unter diesem Titel berichtet das „12 Uhr Mittagblatt“ Brody ist eine der meistbekannten Grenzstädte der alten österreichischen Monarchie, es wechselte im Laufe und in den Revolutionsjahren etwa zehnmal seinen Besitzer. Die Bevölkerung besteht größtenteils aus kleinen gewerbetreibenden Juden. Die Stadt ist alt, ihre Anfänge weisen ins 15. Jahrhundert. Von deutschen Vorkolonien umgeben, hatte sie immer deutsche Kultur und deutsche Schulen. Heute noch stehen die reinlichen schwäbischen Dörfer mit ihren evangelischen Kirchen noch so, als hätte sich seit Kaiser Joseph II. Zeiten nichts geändert. Der polnische König Johann Sobieski soll nun in Brody jenes Kloster erbaut haben, in dem sich vor zwei Wochen ein Wunder ereignet hat. Das Kloster gehört zu jenen, die einst Kaiser Josef II. aufgehoben und an die Meißbietenen verkauft hatte. Dieses Kloster kaufte ein Jude, dessen Nachkomme, ein Kaufmann, heute noch Besitzer des früheren Klosters ist. Einen alten großen Saal, in dem einmal der Gottesdienst der Ordensbrüder stattgefunden hatte und an dessen Wänden Heiligenbilder — allerdings nur noch schwach — sichtbar sind, gab der Besitzer abwechselnd für die Kränzchen eines Tanzvereins und für Kinovorstellungen her. An einem der letzten Sonntage ereignete es sich nun, daß ein Bauer, der zufällig in die frühere Kapelle trat, die Mutter Gottes mit dem Jesuskind im Arm auf sich zuschreiten sah. Allerdings starb er sofort — und da er es bestimmt nicht weiter erzählt hat, weiß man eigentlich nicht, woher die Geschichte kommt. Jedenfalls genügt ein Bericht. Die Dauen nahmen aus der Kirche ein paar Kränze und zogen in das ehemalige Kloster. Sie warfen das Tanzkränzen, das gerade Schlimmste übte, hinaus, nagelten die Kränze an die Wand und begannen zu beten. Sie lagen eine Woche lang auf den Knien und beteten. Der Besitzer steht in Unterhandlungen mit der katholischen Bevölkerung — er verlangt 100 Millionen für das Haus. Die polnischen Zeitungen bringen Sonderberichte und Zeichnungen. Ganz Schloß wissen, daß der Hausbesitzer das Wunder selbst inszeniert hat, um sein Haus zu einem guten Preis loszuschlagen.

Kattowitz. Der „Nasse Fleck“ vor Gericht. Der „Volkswille“ schreibt unter diesem Titel: Wegen „Verächtlichmachung“ der polnischen Behörden hatte sich gestern der verantwortliche Redakteur des „Obererschleischen Kuriers“ vor dem Schöffengericht in Kattowitz zu verantworten. Der „Obererschleische Kurier“ brachte vor einigen Wochen an erster Stelle einen Artikel, der sich mit dem Verbot bezog. Aufhebung der deutschen Minderheitsschule (Mädchenschule) in Pleß befaßte. Die fragliche Schule ist deswegen geschlossen worden, weil an der Wand einer Klasse ein „nasser Fleck“ entdeckt worden ist, der angeblich gesundheitsgefährdend wirkte und aus Belohnung um das Wohl der Schülerinnen wurde die deutsche Minderheitsschule durch Verordnung der Wojewodschaft geschlossen. Der „Kurier“ kritisierte diese lächerliche Befragung der Behörden, die ihrerseits die Kritik als eine Verächtlichmachung des polnischen Staates ansehen und dem Schöffengericht zum Einschreiten Gelegenheit bot. Auf Grund der gefälligen Verhandlungen ist der Redakteur des „Kuriers“ wegen formaler Verleumdung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen worden. Im Laufe des Nachmittags erfolgte indessen die Entlassung, nachdem eine Kaution von 500 000 Mark gestellt worden ist.

Wir haben heute die Meldung des „Kuriers“, wegen der die Verurteilung erfolgte, nochmals durchgesehen und müssen zu der Ansicht kommen, daß aus der richtigen Ausdrucks- und Würdigung dieser hohen Strafe fehlt. Eine Behörde, die durch diese Kritik so aufgebracht ist und sich so sehr beleidigt fühlt, die möge nur schweigend abwarten, denn mit der Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit scheint es dann wirklich nicht weit her zu sein, wenn man keine Kritik vertragen kann. Die Presse ist eben dazu da, um öffentliche Interessen wahrzunehmen und die Behörden, wenn nötig, zurecht zu weisen. Wenn man die Vorgänge in Pleß betrachtet, so müssen wir sagen, daß die Kritik des „Kuriers“ sehr milde ausgefallen ist. Uns scheint es, daß man zu diesem Urteil nicht vom juristischen, sondern vom nationalen Standpunkt kam, und das ist für die polnischen Gerichte gewiß kein ehrenvolles Zeugnis. Glaubt man dadurch die deutsche Presse in Polen von der Kritik der anhaltenden Verhältnisse abhalten zu können?

Kurze telegraphische Meldungen.

Konstantinopeler Blättermeldungen zufolge wird die Nationalversammlung in Angora der Regierung wahrscheinlich die Wahrung geben, eine Note an die Verbündeten abzugeben. In der die türkischen Friedensbedingungen dargelegt werden sollen, wobei die Verbündeten mit Vorschlägen bezüglich des Ortes und der Zeit für die Wiederaufnahme der Verhandlungen auftreten sollten. Türkische Kreise würden es wünschen, daß die weiteren Verhandlungen in Konstantinopel stattfinden.

In London erfolgte die Vereinigung beider liberalen Parteien, d. i. der Partei Lloyd Georges mit bisherigen Radikalen.

Die Pariser Kammer hat mit 215 gegen 71 Stimmen ein Gesetz angenommen, das die Regierung zur Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe bis zur Höhe von 13 Milliarden Franken ermächtigt. Der Finanzminister bezeugte, daß diese Anleihe mit der Ruffaktion nicht im Zusammenhang stehe.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück Bei Chernen stieß der Schnellzug Paris-Strasbourg mit einem Güterzug zusammen. 12 Personen wurden getötet, 30 verwundet.

Feuerbrand in Amerika. In New-York ist eine Irrenanstalt vollständig niedergebrannt, in der 7000 Kranke untergebracht waren. In den Flammen fanden 22 Kranke und drei Pflegerinnen den Tod. Außerdem wurde das Nachbargebäude, das der Firma „Comopolitan Film Studios“ gehört, ein Raub des Feuers. Der angerichtete Schaden wird auf 1 Million Dollar geschätzt.

Wohnhäuser auf Aktien. In Wien ist man zur Abhilfe der Wohnungsnot im Begriffe, Aktiengesellschaften zum Bau von Wohnhäusern auf der Grundlage ins Leben zu rufen, daß die Baukosten von den Parteien gegen einen 30jährigen Mietvertrag, der nicht kündbar ist, aufgebracht werden sollen. Die Finanzierung des ersten betriebl. Hauses ist von der Karl-Roth-Bauaktiengesellschaft in Wien in die Hand genommen worden. Es handelt sich um die Errichtung eines Hauses mit vier Stockwerken und Wohnungen mit je acht Räumen.

Eine Schreibmaschine mit Silben und Worten. Es ist leicht einzusehen, daß man die regelmäßig wiederkehrenden Worte und Silben, wie z. B. der, die, das, auf, über, bei usw. ebenso schnell wie die einzelnen Buchstaben auf der Schreibmaschine schreiben könnte, wenn die Tastatur demgemäß eingerichtet wäre. Es kommen hier namentlich Worte und Silben in Betracht, die häufig wiederkehren, und der Zweck einer derartigen Maschine wäre natürlich, das Maschinenschreiben noch wesentlich zu beschleunigen. Deutsche Konstruktionen dieser Art sind bis jetzt nicht bekannt, aber die „Umschau“ bringt die Abbildung einer Maschine mit englischer Tastatur. Als Erfinder wird Wesley Henry Dennington genannt. Der Mittelraum der Tastatur nimmt die übliche Buchstabenfolge ein, diese wird umschlossen von Worten wie to, but, not, for, and, nor usw. Eine englische Textprobe, die nur elf schmale Zeilen umfaßt, zeigt, daß nicht weniger als 58 Buchstaben-gruppen verwendet sind. So ist z. B. das Wörterchen „and“ gleich für die Worte land, hand, fand gebraucht. So könnte man im Deutschen das Wörterchen „und“ für die Worte Bund, Grund, rund usw. verwenden. Natürlich wird man in dieser Hinsicht nicht zu weit gehen dürfen, da eine umfangreiche Tastatur das Schreiben wesentlich erschwert und den Vorteil wieder aufhebt.

Ein Kultusminister als Einbrecher. Vor einem der Berliner Schöffengerichte ist ein gewisser Gejzar Bähr wegen Einbruchs und versuchten Schmuggels, bei dem er erfaßt wurde, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Der Fall ist insofern interessant, als der Verurteilte unter der Regierung des Kommunisten Bella Ruhs ungarischer Kultusminister gewesen ist.

Im Brautbett bestohlen. Die „Liberte“ meldet aus Marseille, daß einem deutschen Hotelbesitzer am Abend seiner Hochzeit von seiner jungen Frau eine Brieftasche geraubt wurde, die 150 000 Franken in Gold und Wertpapieren enthielt. Die Täterin hat daraufhin die Flucht ergriffen und ist bis jetzt noch nicht gefaßt worden.

Philatelistische Ecke.

Cochin (englisch Indien). Ueberdruckwerte: 2 Pfes auf 3 Pfes blau.

Frankreich. Somalilüste. Auf Marken der Ausgabe 1915/16 sind eine Reihe von Ueberdrucken erschienen: 0,01 auf 15 Centimes, 0,02 auf 15 Centimes, 0,04 auf 15 Centimes, 0,05 auf 15 Centimes, alle violett und rot.

Bermuda. Mit dem neuen Wasserzeichen erschienen: 1/2 Penny gelbgrün.

Frankreich. Guyana. Marken von 1905 wurden überdruckt: 0,01 auf 15 Centimes, 0,02 auf 15 Centimes, 0,04 auf 15 Centimes, 0,05 auf 15 Centimes, alle violett.

Martinique. Ueberdruckmarken: 0,01 auf 15 Centimes, 0,02 auf 15 Centimes, 0,05 auf 15 Centimes, alle braunviolett und rot.

St. Christoph. Mit dem neuen Wasserzeichen „CA“ in Schreibschrift 1 Penny bla.

Senegal. Mit Ueberdruck erschienen: 0,01 auf 15 Centimes, 0,02 auf 15 Centimes, 0,04 auf 15 Centimes, alle rot und braunviolett.

Vereinigte Staaten. Von den neuen Marken wurden mir bis jetzt vorgelegt (außer den schon gemeldeten) 6 Cent orange, 15 Cent orange, 2 Cent grün, 50 Cent bla.

Brasilien und Guayana. Ueberdruckwerte: 0,01 auf 15 Centimes, 0,02 auf 15 Centimes, 0,04 auf 15 Centimes, 0,05 auf 15 Centimes, alle violett.

Deutschland. Die deutsche Reichsbankdirektion verschiebt auf die Postmarken Briefmarken zu 2000, 10 000 und 25 Mark. Die Marken zu 1000 und 2000 Mark sind Ziffermarken in Bogen zu 50 Stück in grauem und blauem Druck. Die Briefmarken zu 25 Mark haben die Landarbeiterzeichnung. Sie sind in Bogen zu 100 Stück in braunem Buchdruck hergestellt. Für sämtliche Marken ist weißes Wasserzeichenpapier verwendet worden.

Uruguay. Nachdruckmarken: 1 Centavo blaugrün, 3 Centavos braun, 5 Centavos bla, 10 Centavos grau.

Nord-West-Pazifik. N. W. PACIFIC ISLANDS

taufet der Ueberdruck auf eine Marke 1 Pf. und violett von Ausstrahlung 1914—1922.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Grabstein Europas.

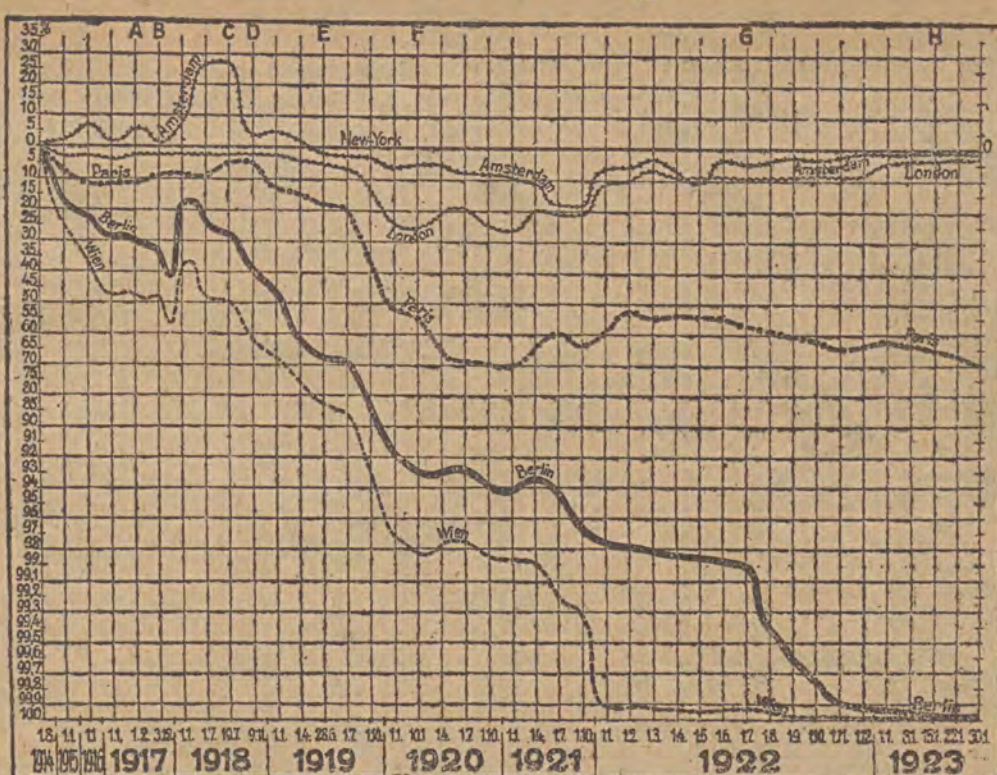
Ein trauriges Bild: Die graphische Darstellung der Schnelligkeit, mit der Land für Land von Europa absterbt. Das Bild stellt die Kurve der Wertverminderung der hauptsächlichsten europäischen Währungen an der New-Yorker Börse dar. Denn die Kaufkraft des Geldes eines Landes in anderen Ländern ist der Maßstab seiner guten oder schlechten wirtschaftlichen Lage. Daher zeigt unser Bild, dass Europa seinem Ende entgegengeht.

Vor dem Kriege wurde das Wertverhältnis zwischen dem Dollar und den anderen europäischen Geldsorten nur durch den verschiedenen Feingoldgehalt der in Gold gemünzten Sorten bestimmt. Wenn auch im Wechselgeschäft kleine Kursdifferenzen vorkamen, so waren diese so geringfügig, dass sie dem grossen Publikum im alltäglichen Verkehr nicht zum Bewusstsein kommen konnten. Für einen Dollar bekam man in Berlin ungefähr 4 Mark, für eine Mark in New-York ungefähr 25 Cent.

Da kam der Weltkrieg, und sofort sank der Wert des Geldes des am Kriege beteiligten Landes in New-York, während der Wert des Geldes der neutralen Länder sogar über die Goldparität stieg. Und diese Steigerung nahm zu, als die Vereinigten Staaten selbst in den Krieg eintraten. Das kam zum Teil dadurch, dass die neutralen Länder grosse Warenlieferungen an die Kriegsführenden hatten, während die kriegführenden im Gegenteil in ihrem bisherigen Export gelähmt wurden.

Der Friedensschluss tritt ein, und Amerika erholt sich schnell, aber alle europäischen Währungen sinken unter den Friedenskurs, d. h. sie erreichen nicht die Goldparität. Während sich aber bald Stockholm, Zürich, London erholen und wieder auf ihrer bestimmten Höhe stehen, stürzen nacheinander Warschau, Wien und endlich Berlin in den Abgrund einer fast völligen Geldentwertung, während Rom, Brüssel und Paris diesem Ziele nahe sind.

Zur Erklärung der graphischen Darstellung sei gesagt, dass der wagerechte gestrichelte Strich die Paritäts- und Friedenslinie darstellt, oder auch, wenn wir New York als Maßstab für die Wert-



messung ansehen, Dollarlinie nennen können. — Alles, was unter diesem Strich steht, zeigt wieviel Europa an Gütern zurückgegangen ist.

Die senkrechte Linie A fällt mit dem Zeitpunkt zusammen, wo Amerika die diplomatischen Beziehungen mit den Mittelmächten abbricht, B den Zeitpunkt des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Russland, C den des Vormarsches von Foch, D den des Waffenstillstandes, E den der vorläufigen Unterzeichnung und F den der Ratifikation des Friedensvertrages. Bei G beginnt der Bankrott Deutschlands: die Feststellung, dass der Vertrag von Versailles unerfüllbar ist. Die Linie H bezeichnet den Zeitpunkt der Ruhrbesetzung.

Allerdings haben wir entgegen der Technik der graphischen Darstellung, lediglich zur grösseren Deutlichkeit der Darstellung trotz Raumangels bei der vertikalen Achse immer kleiner werdende Teile abgesetzt, während wir auf der horizontalen Linie über die letzte, vom Valutagesichtspunkt so belangreiche Zeit ausführlicher waren.

Schon vor einigen Jahren stand Petersburg gegen die Minus — 100 Prozent — Linie, dann kam Warschau daran, Wien folgte und endlich Berlin. Welches Land kommt nun an die Reihe? Schon liegt Rom unter Brüssel, Brüssel unter Paris, Paris unter 70 Prozent.

Herrn Poincaré haben wir diese Zeichnung übermittelt.

Die Arbeitszeit in Polen.

Die Konferenz der früheren Finanzminister weist in ihren „Thesen“ 3 Punkte auf, die unmittelbar die Arbeitszeit betreffen.

1. Soll das Gesetz vom 18. XII. 1918 über die Arbeitszeit in Industrie und Handel den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz angepasst werden.

2. Soll die Zahl der Feiertage vermindert werden.

3. Soll die gesetzlich vorgesehene Strafbarkeit in Fällen freiwilliger Überschreitung der Arbeitsnorm aufgehoben werden, falls diese Norm nicht um mehr als 2 Stunden täglich überschritten wird.

Von den 3 angeführten Punkten berührt der 2. Punkt nach keiner Richtung hin die Projekte der Washingtoner Konvention. Der Verwirklichung des 1. Punktes würde vor allem so weit Bedeutung beizumessen sein, als sie gemäss dem Washingtoner Projekt die wöchentliche Arbeitszeit von 46 auf 48 Arbeitsstunden erhöhen würde. Ausserdem schliesst das Washingtoner Projekt die Arbeit derjenigen Personen aus der Dienstordnung aus, die in Industrieunternehmen eine leitende Stellung bekleiden, welcher Umstand im polnischen Gesetz nicht besonders angeführt ist. Ferner umfasst das Washingtoner Projekt nur die Arbeit in der Industrie, während das polnische Gesetz auch die Arbeitszeit im Handel bestimmt. Hier ist übrigens eine Aenderung eingetreten, indem die Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich erhöht worden ist. Weiter muss erwähnt werden, dass im polnischen Gesetz zum Unterschied von der Konvention, die kleinere Unternehmen, in denen nur Angehörige des Besitzers beschäftigt sind, von der Re-

glementierung unabhängig macht, gesagt ist, dass die Reglementierung sich lediglich auf die Arbeit der Personen bezieht, die auf Grund eines Vertrages beschäftigt sind.

Auch in technischer Hinsicht bestehen mancherlei Unterschiede, die jedoch im allgemeinen unwesentlich sind. Davon verdient der Umstand erwähnt zu werden, wonach die Konvention an bestimmten Tagen der Woche zulässt, die Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus zu verlängern, falls an andern Tagen entsprechend weniger gearbeitet wurde. Die Washingtoner Konvention sieht vor, dass in Ausnahmefällen bei der Regelung der Arbeitszeit von der vorgeschriebenen durchschnittlichen Arbeitszeit der Woche abgewichen werden kann, falls diesbezügliche Verträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern abgeschlossen und von der Regierung bestätigt werden. Diese zwei Punkte enthält das polnische Gesetz nicht. Die Washingtoner Konvention führt endlich für Überstunden einen mindestens um 25 Prozent erhöhten Lohnsatz ein, während das polnische Gesetz für solche Fälle eine Mindesterhöhung des Normallohnes um 50 Prozent vorsieht. Dafür werden im polnischen Gesetz weitgehendere Ausnahmen, die durch sogenannte „Staatsnotwendigkeiten“ verursacht werden, eingeräumt, während in der Washingtoner Konvention — dieser Art Abweichungen von der Regel nur im Falle „eines Krieges oder Ereignisses, das die Sicherheit des Staates bedroht“, zugelassen werden.

Die Einführung des 3. Punktes steht mit dem 8. Artikel der Konvention im Widerspruch, der ausdrücklich betont, dass die Beschäftigung irgend eines Arbeiters über die vorgeschriebene Zeit hinaus für ungesetzlich zu halten sei.

bip. Versicherung der Heimarbeiter. Abgeordneter Piliucki erhob beim Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge gegen die vielfach unrechtmässige Anwendung des Gesetzes über die Pflicht der Krankenversicherung der Heimarbeiter (chłopniki) Einspruch. In der Interpellation heisst es: Lodz und Umgegend zählen einige tausend sogenannter Lohnweber, die in ihren Wohnungen die erhaltenen Webketten verarbeiten. Diese Weber beschäftigen zum Teil eigene Angehörige oder auch fremde Gesellen. Diese Arbeit bildet die einzige Grundlage ihres Unterhalts, weshalb sie im Sinne des 6. Artikels des angeführten Gesetzes als Heimarbeiter betrachtet werden. Obwohl im 52. Artikel, 4. Teil des genannten Gesetzes ausdrücklich vorgesehen wird, dass die Versicherungsbeiträge für Heimarbeiter von den sie jeweils beschäftigenden Fabrikanten oder Vermittlern zu zahlen sind, so wird doch vielfach, ganz besonders aber in der Provinz, von der Krankenkasse dieser Beitrag von den Lohnwebern eingefordert. Es muss bemerkt werden, dass die Lohnweber einen Verband haben, dessen Sitz sich in Lodz (Brzezinskastr. 7) befindet. In Anbetracht der angeführten Tatsachen wird der Minister ersucht, dieser unrichtigen Deutung des Gesetzes ein Ende zu machen.

Darlehen in fremden Währungen. In letzter Zeit gingen dem Finanzministerium von einigen Seiten Anträge auf Erteilung von kurzfristigen Krediten in fremder Valuta ein. Wie wir erfahren, suchte die landwirtschaftliche Bank (Bank Ziemiański) im Finanzministerium um die Erlaubnis nach, 6-prozentige Obligationen, die auf polnische Złoty lauten, auf die Dauer von 5 Jahren in Umlauf bringen zu dürfen. Der Wert des Złoty soll auf der Grundlage des Durchschnittswertes des schweizerischen Franken, wie er in der Woche vor der Zahlung des Kapitals und des Zinsabschnitts an der Börse notiert wird, bestimmt werden.

Eine wichtige Gerichtsentscheidung in Valutasachen. Das Warschauer Bezirksgericht traf neuerdings in einer Valutafrage eine Entscheidung vom weittragender Bedeutung. Ein gewisser Lejzor Lichtenberg hatte sich auf Grund des Gesetzes vom 17. Dezember 1921 dafür zu verantworten, weil er in Warschau zwei Schecks auf die Summe von mehreren hundert Dollars zum Wiederverkauf gekauft hatte, ohne dazu das Recht zu besitzen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Miecz. Etinger jr., beantragte unter Berufung auf den Wortlaut des Art. 1 des Valutagesetzes, auf die Hauptverhandlung zu verzichten und den Prozess niederzuschlagen, da das erwähnte Gesetz nicht mehr verpflichtend. Unterstaatsanwalt Walisz schloß sich diesem Antrag an. Das Bezirksgericht beschloß, den Prozess zur Niederschlagung der nächsten Wirtschaftssitzung zu überweisen.

Das Finanzministerium hat bekanntlich dem Sejm ein neues Gesetz über diese Frage zugehen lassen, das jedoch bisher noch nicht angenommen wurde. Infolgedessen müssen alle Prozesse, die auf Grund des Gesetzes vom 17. Dezember 1921 angestrengt werden und nach dem 1. Januar 1923 zur Verhandlung gelangen, niedergeschlagen werden.

Der Wert der polnisch-oberschlesischen Produktion. Die „Berichte aus den neuen Staaten“ melden aus Warschau: Laut Angaben des Montan- und Hüttenvereines betrug der Wert der Produktion im polnischen Teile Oberschlesiens im Jahre 1921 in Goldfranken: Steinkohlenbergwerke 266,289,990, — Eisenwalzwerke 110,822,700, — Hochöfen 84,971,000, — Kokswerke 80,127,500, — Zinkhütten 26,457,200, — Zinkergbergwerke 13,127,500, — Zinkblechwalzwerke 8,431,700, Silber- und Bleihütten 7,803,000, — Eisen- und Stahlgiessereien 6,185,000, — Schwefelsäurewerke 4,859,800, — Brikettfabriken 3,811,500, — Eisenerzbergwerke 1,722,000.

Textilienimport. „Nowy Dzien“ schreibt: Infolge einer starken Steigerung der Preise der Lodzer Waren werden in wachsender Menge ausländische, meist böhmische und österreichische Textilien importiert. Diese Waren sind um 20–30 Prozent billiger als die Lodzer Waren und finden um so leichter Absatz, als sie von besserer Qualität sind und Grosshändler einen vier- bis achtwöchigen Kredit ohne Wechselunterlage und Angeld gewährt bekommen.

Eine Versteigerung von Zucht- und Gebrauchspferden. veranstaltet vom Pferdezuchtverband für starkes Warmblut im Freistaat Danzig und von der Danziger Stufbuchgesellschaft für Kaltblut findet vor der am 13. und 14. März d. Js. vor sich gehenden 100. Jubiläumssession der Danziger Herdbuchgesellschaft am Montag.
